

Ausschluss

Bildung wird immer noch vererbt, AkademikerInnenkinder haben es leichter, an die Uni zu kommen. **10**

Ausbau

Die Mietpreise in den Städten explodieren. Besonders Studierende sind betroffen. **16**

Ausdauer

Für ein Engagement in der ÖH braucht es viel Energie. Martin, Angelika, Janine und Christoph blicken zurück. **22**

Ausreden

Shahjahan Khan berichtet über das refugee camp in Wien und den Unwillen der Politik, etwas zu verändern. **34**



MIT 12 SEITEN
ÖH-WAHL-SPECIAL!

Seichte Vertiefung

Wenn Studiengänge zu viel versprechen

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73





Help line

01/585 33 33

Beratungszeiten:

mo 15-18, mi 16-18, do 16-18



Cover

Bei der Wahl des weiterführenden Studiums nach Abschluss des Bachelors bedarf es neben Entschlusskraft auch Experimentierfreude. Der Markt an Studienangeboten wird von spezialisierten und interdisziplinären Studiengängen überflutet. Die Öffnung des freien Wettbewerbs im Bildungsbereich hat aber nicht nur eine vielfältigere Fächerauswahl zur Folge, sondern auch eine immer stärkere Fragmentierung und Exklusivität an der Universität. Qualitätskontrolle ist an dieser Stelle gleichermaßen gefragt wie Chancengleichheit für alle Studierenden. Drei Studierende haben sich auf das Abenteuer eingelassen und erzählen von ihren unterschiedlichen Erfahrungen mit spezialisierten Mastern.

Bildung

08 STUDIEREN MIT VERFALLSDATUM. ECTS-Schnäppchenjagd und Leistungsdruck an den Hochschulen machen nicht nur unglücklich, sondern mindern auch die Studienqualität.

10 WENN BILDUNG VERERBT WIRD. Studierende ohne AkademikerInneneltern haben es doppelt so schwer, an die Hochschule zu kommen.

12 WARUM GEHST DU ZUR ÖH-WAHL? Von 14.–16. Mai bist du aufgerufen, deine eigene Vertretung zu wählen.

Politik

14 WIRKT SCHWER – IST LEICHT. Die größten, bundesweit antretenden Fraktionen für die ÖH-Wahl 2013 geben einen kurzen Einblick in ihre Standpunkte und ihr Wahlprogramm.

16 WOHNST DU SCHON? Leistbares Wohnen wird zu einem bundespolitischen Wahlkampfthema. Und das ist auch schon längst überfällig: Vor allem Studierende haben mit hohen Mietpreisen und geringen Einkommen zu kämpfen.

18 SHORT BITES. Infos abseits des Mainstreams.

Dossier

Die Österreichische HochschülerInnenschaft ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung aller Studierenden, die eine staatliche Hochschule besuchen. Durch ihren Mitgliedsbeitrag erhalten alle Studierenden automatisch das Recht, die ÖH bei den zweijährlich stattfindenden Wahlen mitzubestimmen. Dabei kannst du deine Studienvertretung für deine jeweilige Studienrichtung und die Universitäts- und Bundesvertretung mitbestimmen. Heuer kandidieren (neben einzelnen Hochschulgruppen vor Ort) zehn Fraktionen bundesweit, um deine Interessen zu vertreten. Gib deine Stimme ab: von 14.–16. Mai an deiner Hochschule!

20 VON FÜNF SEITEN BELEUCHTET. Was die ÖH kann, darf und die letzten Jahre gemacht hat – ein Kurzüberblick für EinsteigerInnen.

21 GEBT DEN WÄHLERINNEN DIE CHANCE, DIE ÖH ABZUSTRAFEN! Christoph Schwarz kritisiert die Machtpolitik der ÖVP und Aktionsgemeinschaft und plädiert für die Wiedereinführung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung.

22 „UNSER VERÄNDERUNGSDRANG WIRD SICH NICHT ABSTELLEN LASSEN“. Das Vorsitzteam resümiert über zwei Jahre in der ÖH.

24 „ÄHNLICH WIE BEIM EUROVISION SONG-CONTEST“ Eine studentische Interessensvertretung gibt es nicht nur in Österreich, sondern auch europaweit.

26 WARUM SICH WÄHLEN GEHEN LOHNT. Mirjam Unger, Kurt Palm und Sieglinde Rosenberger rufen dich dazu auf, von deiner Stimme Gebrauch zu machen.

Feuilleton

28 DAS GESCHÄFT MIT DEM RECHTSROCK. Die nationalistische Band *Frei.Wild* spaltet Musikinteressierte und löste kürzlich erst in Wels und Graz Diskussionen aus, die sich um ein Auftrittsverbot drehten.

30 ÖH-WAHL 2013. Wer kandidiert, wo kann ich wählen und warum brauche ich überhaupt eine ÖH?

32 MINDGAMES. Der selbstbezeichnete Skeptiker Derren Brown verwirrt sein Publikum mit Manipulationstricks.

34 WE ARE HELPLESS BUT NOT HOPELESS. Shahjahan Khan musste Pakistan verlassen, lebte in Traiskirchen und beteiligt sich nun am refugee protest camp in Wien. Er fordert Respekt und Rechte für Flüchtlinge in Österreich.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Es ist wieder soweit. Nein, gemeint ist nicht der lang ersehnte Frühlingsbeginn, sondern die ÖH-Wahl. Von 14.–16. Mai könnt ihr an eurer Hochschule eure Vertretung neu wählen. Diese Ausgabe ist deswegen auch voll bepackt mit Information, Diskussion und Reflexion zum Thema.

Darin findet ihr beispielsweise eine Gesprächsrunde mit dem scheidenden ÖH-Vorsitz-Team auf Seite 22. Auf Seite 21 liefert Christoph Schwarz ein Plädoyer für die Direktwahl der Bundesvertretung. Im Feuilleton findet ihr außerdem auf Seite 31 eine überblicksartige Illustration mit allen wichtigen Fakten zum Wahlgang.

Neben der Wahl gibt es aber weitere Veränderungen, die uns beschäftigen und auch verunsichern – etwa die Zeit nach dem Bachelorabschluss. In unserer Coverstory wird kritisch nachgefragt, was es mit dem Boom an neuen Studiengängen auf sich hat und welche Vor- und Nachteile spezialisierte Master uns bringen.

Wandel erfährt zudem auch das *progress*: Danke Flora für deine Energie, Motivation und Arbeit in der *progress*-Redaktion! *It's already past, so move your feet from hot pavement and into the grass.*

Wir wünschen einen schönen Frühlingsbeginn und eine spannende ÖH-Wahl mit vielen bildungspolitischen Diskussionen,

Eure *progress*-Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 03/2013

Erscheinungsmonat: Mai

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Chefinnenredaktion: Vanessa Gaigg, Simone Grössing

AutorInnen dieser Ausgabe: Claudia Aurednik, Marlene Brüggemann, Verena Ehrnberger, Elisabeth Gamperl, Federico Grössing, Kati Hellwanger, Esther Jauk, Lukas Kaindlstorfer, Shahjahan Khan, Oona Kroisleitner, Philipp Lindner, Mara Malischnig, Fridolin Mallmann, Elisabeth Mittendorfer, Kurt Palm, Sieglinde Rosenberger, Simon Sailer, Christoph Schwarz, Mirjam Unger, Barbara Wakolbinger

Cover: Alexander Gotter

Dossier: Fabian Weiß

Seite 7, 13, 27: Fabian Weiß

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann



Theresa wollte ihrem Philosophiestudium ein wenig Form verpassen.

Ist das alles?

Wer sich nach dem Bachelor entschließt, weiterzustudieren, begegnet heute einem Massenangebot an weiterführenden Studiengängen. Doch nicht immer halten die spezifischen Master, was sie versprechen.

Arbeiten oder weiterstudieren? Die Entscheidung darüber, wie es nach dem Bachelor weiter gehen soll, ist nicht immer leicht. Nicht zuletzt in Folge der holprigen Umsetzung des Bologna-Prozesses sind BachelorabsolventInnen am Arbeitsmarkt nach wie vor schlecht gestellt und werden selten als vollwertige AkademikerInnen wahrgenommen. Laut *Statistik Austria* hängen rund 80 Prozent der AbsolventInnen nach dem Bachelorstudium einen Master an. Die meisten Studierenden bleiben dabei jener Universität treu, an der sie ihren Bachelor absolviert haben. Einige entscheiden sich trotzdem für einen Wechsel an ein anderes Institut, eine andere Hochschule oder überhaupt für ein weiterführendes Studium im Ausland. In den letzten Jahren wurde der Markt an Studiengängen stark ausgeweitet. Es entstanden neue Subdisziplinen, interdisziplinäre Studienprogramme und oft auch komplett neue Studienfächer. Das Geschäft mit den Mastern boomt. Die Konkurrenz steigt dabei nicht nur zwischen privaten und öffentlichen Bildungseinrichtungen, sondern auch unter den Studierenden. Um die wenigen Master-Plätze wird gekämpft. Gleichzeitig scheint bei Vielen

aber angesichts des Massenangebots auch Verunsicherung zu herrschen. Es stellt sich nicht selten die Frage nach der Sinnhaftigkeit der so vage wie auch vielversprechend klingenden Studiengänge. Geht man etwa ein Risiko ein, wenn man sich auf ein Master-Programm einlässt, das nur an einer einzigen Hochschule existiert? Kann man sich mit dem spezifischen Masterabschluss am Arbeitsmarkt etablieren? Wird das Fach wieder aussterben? Ist man als StudienabsolventIn eines exotischen Fachs ein gefragter Underdog, oder wird man eher als Versuchskaninchen mit namenlosem Studienabschluss wahrgenommen? All das sind Fragen, die mit der Studienwahl verknüpft sind. „Mit einer Bewertung muss man da vorsichtig sein, die kulturelle Evolution zeigt erst nach einiger Zeit die Sinnhaftigkeit solcher Spezialisierungsprozesse“, meint dazu Wissenschaftsphilosoph und -historiker Friedrich Stadler im Interview (Anm. d. Red.: Weiterlesen auf S. 6). Simone Grössing hat sich mit drei Studierenden über ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit spezialisierten Master-Programmen unterhalten und ist dabei auf so manche Kritik gestoßen.

ENTTÄUSCHENDER HÜRDENLAUF. Theresa wirkt enttäuscht, als sie von ihrem kurzzeitigen Studienaufenthalt an der Kunstuni Linz erzählt. Die 24-Jährige hat nach ihrem Bachelor in Kunstwissenschaft und Philosophie, an der Katholisch-Theologischen Privatuniversität Linz, einen Master in Medienkultur- und Kunsttheorien an der Kunstuni angehängt. Ihre Absicht war es, dem bisher sehr breiten Philosophiestudium ein wenig Form zu verpassen. „Ich dachte, es wäre interessant, einmal spezifischer und etwas werkorientierter zu arbeiten.“ Doch schon beim Inskribieren auf der Kunstuniversität stieß Theresa auf die ersten Hürden: Das Bachelor-Zeugnis wurde nicht sofort anerkannt. Nach Diskussionen und mehreren Versuchen gelang es Theresa schließlich, sich für den Master zu inskribieren. Die anfängliche Motivation und Vorfreude war dann aber schnell verschwunden. Der Aufenthalt an der Kunstuni fiel für sie eher ernüchternd aus. Anstatt intensiver Auseinandersetzung mit dem Fach, erfuhr sie oberflächliche Wissensvermittlung seitens der Lehrenden und war mit fachlichen Bildungslücken unter den Studierenden konfrontiert. „Ich glaube, ein großes Problem



Moritz zog nach Marburg um Peace and Conflict Studies zu studieren.

ist, dass da Menschen aus ganz unterschiedlichen künstlerischen und kulturtheoretischen Studienrichtungen zusammenkommen. Da sitzt man dann in einem Seminar und die Voraussetzungen und Kenntnisse sind völlig verschieden“, meint sie zur Situation in den Lehrveranstaltungen. Theresa brach den Master in Linz schon während des ersten Semesters ab und zog nach Wien, um dort das Master-Studium in Philosophie und ein Kunststudium an der Akademie zu beginnen. Den Sinn von Teildisziplinen versteht sie bis heute nicht ganz und stellt ihn in Frage: „Für mich persönlich ist die Verteilung in neue Geisteswissenschaften irgendwie überflüssig. Es besteht hier einfach die Gefahr, sich in irgendwelchen Details zu verlieren, anstatt den Blick für Zusammenhänge zu bewahren.“

SELEKTIV UND EXKLUSIV. Ähnlich erging es auch dem 24-jährigen Moritz. Nach seinem Bachelorabschluss in Politikwissenschaften an der Universität Wien entschied er sich für den aufbauenden Master „Peace and Conflict Studies“ an der Universität Marburg. Nicht nur wegen der „guten Studienbedingungen“ und der „intensiven persönlichen Betreuung“ bewarb er sich für den Studiengang, sondern auch wegen des Stellenwerts, den er der Spezialisierung im Studium selbst zumisst: „Ich finde es schön, wenn ich mich richtig in ein Thema hineinarbeiten kann. Wenn mich ein Themenbereich an der Uni richtig interessiert und mir Spaß macht, wird das wohl auch ein Bereich sein, in dem ich nachher arbeiten möchte.“ Oft sind die weiterführenden Studiengänge aber stark limitiert. In Deutschland ist ein Studienplatz im Master inzwischen keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Masterstudiengänge werden immer selektiver und exklusiver, gerade bei den kleinen, spezialisierten Studiengängen. Im Fall des Masters in Marburg bewerben sich durchschnittlich 450 Studierende für 30 Studienplätze. Deswegen rechnete Moritz zuerst

auch gar nicht mit einer Aufnahme. Umso größer war die Freude, als er dann eine Zusage von der Uni bekam. Die geringe Anzahl an Studierenden stellte sich dann schnell als Vorteil heraus: „Die Betreuung war schon einmalig, alle ProfessorInnen kennen dich vom ersten Tag an – sie wissen, wie du heißt und was dich interessiert.“ Das war aber nur einer der wenigen positiven Aspekte. Wie auch Theresa fiel Moritz schnell auf, dass der Master ihm zu wenig in die Tiefe ging: „Die Lehrveranstaltungen waren leider alle ziemlich einführend und nichts Neues für mich. Der Master galt als interdisziplinär, eine Beschreibung, mit der sich viele spezialisierte Master schmücken. Ich finde, das ist heute oft einfach ein Euphemismus für Oberflächlichkeit“, kommentiert Moritz die Situation an der Uni. Zudem fiel das Vorlesungsverzeichnis weit dünner aus als erhofft und war stark von den Forschungsinteressen der ProfessorInnen abhängig. Das Studium stellte sich im Großen und Ganzen als zu wenig weiterbildend für ihn heraus. „Ich denke, man kann sich an einer großen Uni und in einem ‚großen‘ Master-Programm mit viel Kursangebot teilweise besser spezialisieren als in kleinen Masterprogrammen mit wenig Auswahl.“ Aus diesem Grund entschied sich Moritz, zu seinem Grundstudium zurückzukehren. Seit diesem Sommersemester studiert er Politikwissenschaften im Master an der Universität Wien.

INTERDISZIPLINÄRE PERSPEKTIVE. Peter (25) begann den Master in „Socio-Ecological Economics and Policy“ im Herbst 2012. Nachdem er das aufwendige Aufnahmeverfahren bestanden hatte, gehörte er zusammen mit 29 anderen Studierenden der ersten Generation des neuen Studiengangs an. Peter hatte zuvor einen VWL-Bachelor an der WU absolviert. Dort hatte er von einer Professorin vom neuen Studienangebot gehört. Anstatt der Möglichkeit einer Spezialisierung, war es aber

eher die interdisziplinäre Perspektive des Studiums, die Peter anzog. „Dieser Master ist eigentlich breiter als etwa der VWL-Master, alleine schon in Hinblick auf die thematische Aufteilung. Diese reicht von der Ökonomie bis in die Soziologie und Regional Studies.“ Peter wollte sich verstärkt mit einer verknüpfenden Sichtweise, die sich auch mit umweltpolitischen und sozioökonomischen Fragen befasst, auseinandersetzen, anstatt sich auf nur rein ökonomische Themen zu fokussieren. Die Studienprogrammleitung hat sich außerdem zum Ziel gemacht, den allseits vorherrschenden „Departmentalismus“ zu überwinden. Deswegen wird der Master auch auf Englisch angeboten. Unter Peters KollegInnen finden sich so Studierende aus aller Welt und aus verschiedensten Disziplinen. „Die Stimmung unter den Studierenden ist angenehm. Das Nebeneinander funktioniert gut. Aber die verschiedensten Sichten miteinander zu verknüpfen, das ist oft schwierig.“ Mit seinem aus dem VWL-Bachelor mitgebrachten Vorwissen sei er zudem klar im Vorteil: „Ein Ingenieurwissenschaftler tut sich natürlich schwerer mit Makroökonomie als ein Wirtschaftsstudent.“

Das Argument, dass man mit einer Spezialisierung am Arbeitsmarkt besser gestellt ist, hat für Peters Studienwahl aber keine vorrangige Rolle gespielt. Viel wichtiger ist für ihn, sich intensiv auf die Materie einzulassen – eine Sichtweise, die seit der Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem immer stärker in den Hintergrund rückt. „Ein spezifischer Master kann gerade deswegen nützlich sein, weil Bachelor-Studiengänge oft gar keine Spezialisierung mehr zulassen. Das war im Diplomstudium noch anders“, meint Peter dazu.

Die Autorin Simone Grössing studiert Politikwissenschaft an der Uni Wien.



„Der Arbeitsmarkt allein kann kein Kriterium sein“

Woher kommt der Trend zur fachlichen Spezialisierung? Warum braucht es bei der Einrichtung neuer Studiengänge eine kritische Diskussion? Worauf sollte man bei der Studienwahl nach dem Bachelor achten? Wissenschaftsphilosoph und -historiker Friedrich Stadler beantwortete unsere Fragen im Interview.

progress: Es gibt immer mehr spezialisierte Master und neue Studiengänge. Woher kommt diese Entwicklung? Wie ist sie historisch zu verstehen?

F. Stadler: Generell ist die Moderne gekennzeichnet durch Spezialisierung, Differenzierung und Rationalisierung. Das spiegelt sich auch in der universitären Ausbildung. Zusätzlich sehen wir seit Ende des 19. Jahrhunderts eine allgemeine Spezialisierung und eine Arbeitsteilung in den Ausbildungsstätten, die von der Gesellschaft und auch vom Arbeitsmarkt eingefordert wird. Wir haben es mit dem ewigen Spannungsfeld von Bildung und Ausbildung zu tun. Dieses Spannungsfeld wird an den Hochschulen unterschiedlich gehandhabt. Das Humboldtsche Ideal, das nie wirklich realisiert wurde, ist der Hintergrund dieser Diskussion. Dazu gibt es eine Dauerdebatte zum Verhältnis von reiner und angewandter Wissenschaft und der Trennung dieser Sphären, die ja im Grunde eine künstliche ist.

Wie unterscheidet sich die reine von der angewandten Wissenschaft?

Die reine Wissenschaft ist Grundlagenforschung ohne Zwecke und Ziele. Die angewandte Forschung ist Ausbildung in Hinblick auf Berufsprofile. Wie das Verhältnis zwischen ihnen auszusehen hat, wurde – und wird auch heute noch – immer wieder neu verhandelt.

Wie sinnhaft ist das Entstehen von Subdisziplinen und spezifischen Mastern wie etwa „Medizinrecht“ oder „Peace and Conflict Studies“?

Mit einer Bewertung muss man da vorsichtig sein. In den 30ern und 40ern waren auch Psychologie und Soziologie Spezialisierungen. Heute sind sie selbstverständliche Fächer. Die kulturelle Evolution zeigt erst nach einiger Zeit die Sinnhaftigkeit solcher Spezialisierungsprozesse. Der Arbeitsmarkt allein kann dafür aber kein Kriterium sein. Auf der anderen Seite ist es sicherlich problematisch, wenn sogenannte „Orchideenfächer“ blühen und gedeihen, nur weil sie den Vorlieben des akademischen Personals entsprechen. Ich denke, mit einer ernst gemeinten Interdisziplinarität könnte man theoretisch sowie praktisch viele Subdisziplinen einbinden, anstatt für jedes kleine Fach sofort einen eigenen Studiengang zu fordern.

Das klingt nach einer widersprüchlichen Entwicklung: Einerseits gibt es immer mehr Fragmentierung zwischen den Disziplinen, andererseits wird interdisziplinäre Arbeit ja immer wichtiger.

Es wird allgemein anerkannt, dass eine übergreifende Perspektive Sinn macht, weil sie einfach den Horizont erweitert. Wobei es dann oft schwer ist, Studienabschlüsse fachlich zuzuordnen. Wir haben 2010 an der Universität Wien einen fächerübergreifenden Master namens „History and Philosophy of Science“ gestartet. Studierende aus allen Disziplinen können zu uns kommen, wenn sie ihr Fach von einer wissenschaftshistorischen Perspektive aus untersuchen wollen. Es gibt auch ein laufendes Doktoratsprogramm. Das Studium macht so gesehen Sinn, weil es nach dem Master weiterführt. Wenn es einen eigenen fachlichen „Track“ gibt und eine „Scientific Community“, dann spricht nichts gegen interdisziplinäre oder spezialisierte Fächer. Man sollte sich all diese Gesichtspunkte vor der Etablierung von Studienrichtungen anschauen.

Wer sollte über neue Studiengänge entscheiden?

Das liegt im Aufgabenbereich der Universitäten, des Senats und ist sicherlich auch abhängig vom Bedarf der Studierenden. Wir können im Lauf der Wissenschaftsgeschichte sehen, dass Fächer größer und kleiner werden, auftauchen und verschwinden. Das hat mit einer Eigendynamik zu tun, aber auch mit einer gesellschaftlichen Wertigkeit.

Wie entsteht eine „Scientific Community“?

Dazu braucht es Personen, Publikationen, aber auch eine akademische und außerakademische Öffentlichkeit. In den Geistes- und Kulturwissenschaften stellt sich auch die Frage nach den Grundlagen der Wissenschaften und den Methoden, weil Spezialisierungen ja immer die Frage provozieren, was das Spezielle an ihnen ist und was sie von anderen Disziplinen trennt oder mit ihnen verbindet. Das ist nicht nur eine Frage der Organisation und Administration eines Studiums, sondern auch eine theoretische und kognitive Fragestellung, die beantwortet werden muss. Wenn man sich damit auseinandersetzt, sehe ich kein Problem an einer Spezialisierung. Wenn aber keine kritische

Diskussion in der Gesellschaft stattfindet, dann ist das problematisch.

Immer mehr private Bildungseinrichtungen bieten teure Master und Postgraduate-Programme an. Besteht hier die Gefahr der Geschäftemacherei?

Die Öffnung des freien Marktes ergibt natürlich das Problem, dass zwischen verschiedenen Ausbildungsstätten konkurriert wird. Die Privatuniversitäten sind eine Antwort auf gewisse Defizite im Hochschulbereich, aber auch Symptome für eine neue Organisation der Wissenschaften. An sich ist das keine schlechte Entwicklung, weil dadurch eine gewisse Pluralität einzieht. Dazu braucht es aber auch gleiche Bedingungen für alle Studierenden. Es sollten keine Privilegien aufgebaut werden. Der Studienzugang sollte mit gleichen Chancen verbunden sein. Es ist klar, dass private Institutionen schneller reagieren können und Marktlücken füllen, weil sie zum Beispiel kleiner sind oder sie ein Sponsoring hinter sich stehen haben. Die Qualitätskontrolle ist hier sicher entscheidend.

Wann würden Sie Studierenden zu einem spezialisierten Master raten?

Ich würde raten, diese neuen Master bei der Studienwahl durchaus kritisch zu analysieren. Auch im internationalen Vergleich. Wenn es in einem Bereich etwa nur einen Master an nur einer Hochschule gibt, wäre ich schon skeptisch. Wenn aber die Begeisterung für ein Fach da ist, dann ist das eigentlich das einzige Kriterium für die Studienwahl. Mir hat man früher als Student auch gesagt, dass Philosophie überlaufen ist und dass es damit keine Jobmöglichkeiten gibt. Aber es war das, was mich eben interessierte und mich so im Studium vorantrieb. Das wäre bei anderen Fächern nicht der Fall gewesen. Ich denke, dass die individuelle Begeisterung hier das Entscheidende ist.

Friedrich Stadler ist Universitätsprofessor für Wissenschaftsgeschichte, -theorie und -philosophie an der Universität Wien und wissenschaftlicher Leiter und Gründer des Instituts Wiener Kreis.

Das Interview führte Simone Grössing.

BILDUNG



Studieren mit Verfallsdatum

Hier und da mal einen Kurs verschoben, die Prüfung nicht geschafft oder neben dem Studium zu viel gejobbt – und plötzlich hat das Alter eine_n eingeholt und damit auch die Mindeststudienzeit. Stress und erhöhter Leistungsdruck sind oft die Folge, dabei liegt die Durchschnittsstudienzeit meist weit über der vorgesehenen Studiendauer.

An den Hochschulen ist die Angst, noch während dem Erststudium zu alt zu werden, allgegenwärtig. Wenn man im Alter von 25 Jahren dem eigenen Namen keinen Titel vor- oder nachstellen kann und, mit wesentlich jüngeren Studierenden im Kurs sitzt, wird es für viele zumindest im eigenen Kopf kritisch.

Stefanie Marx ist 28, sie studiert im elften Semester Germanistik. Älter als ihre Mitstudierenden war sie aber bereits, als sie mit dem Studium begonnen hat. Nach dem Schulabschluss entschied sie sich zu einer Ausbildung als Hotelfachfrau, arbeitete drei Jahre in diesem Bereich und begann dann zu studieren. „Ich war unzufrieden mit meiner Arbeit, die Gastronomie ist zwar eine Zeit lang ganz spaßig, aber auf Dauer eher unbefriedigend“, erzählt die Bezieherin eines Selbsterhalter_innenstipendiums. Dass sie studieren wollte, war für sie immer klar, die Unterstützung hätte jedoch gefehlt. Mit 24 nahm sie den Traum vom Studium selbst in die Hand. „Es ging mir eigentlich nicht darum, was ich studiere, sondern um das Studieren an sich“, erinnert sich Marx. Die Entscheidung für das Germanistikstudium hatte wenig mit einer Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen zu tun. Schließlich „war klar, dass die Studienwahl Germanistik nicht die besten Berufsperspektiven bietet“.

Laut der Studierenden-Sozialerhebung 2011 geben Studierende, deren Studiendauer sich voraussichtlich über die Regelstudiendauer hinaus verzögern wird, zu 54 Prozent studienerschwerende Stressfaktoren und zu 51 Prozent psychische Beschwerden an. Im Vergleich zu Studierenden, deren Studienzeit sich voraussichtlich nicht verlängern wird, wirken

sich besonders Leistungsdruck, Versagens- und Existenzängste verzögernd aus.

Heute wird vermittelt, dass für das ominöse „Danach“ – die Epoche, wenn das Studium endlich abgeschlossen ist – während der Studienzeit an nicht-studienspezifischen Erfahrungen gespart werden muss. Später ist schließlich auch noch Zeit. Stattdessen gilt es in Zusatzangebote Zeit und Energie zu investieren, um nachher möglichst wirtschaftlich verwertbar zu sein: sei es die dritte Fremdsprache oder das Jahr im Ausland. So schnell wie möglich soll das Masterstudium an den Bachelor angehängt, das Praktikum gemacht und man selbst für den Arbeitsmarkt perfekt gefeilt werden. Dabei hat sich die Bedeutung der Studiendauer in den letzten Jahrzehnten stark geändert. So musste man früher noch mindestens die angegebene Semesteranzahl studieren. Wer ein Studium schneller abschließen wollte, musste dies explizit beantragen – schließlich vertrat man die Auffassung, es brauche eben mindestens eine gewisse Semesteranzahl, um die jeweilige Disziplin zu meistern. Zwar lag früher die Durchschnittsstudienzeit auch über der Mindeststudienzeit, aber noch nie klaffte beides so weit auseinander wie heute. Während beispielsweise für das Bachelor-Studium Raumplanung an der Technischen Universität Wien die Studierenden durchschnittlich drei Semester länger brauchen, lag die durchschnittliche Studiendauer im Diplomstudium Geschichte jahrelang bei 13 Semestern statt bei den heute vorgegebenen acht.

ZWISCHEN SCHEIN UND SEIN. Das Bild der Studierenden, das medial vermittelt wird, schwankt stark: zwischen „Bummelstudierenden“, die haupt-

sächlich in der Sonne liegen und gegen alles und jeden demonstrieren, auf der einen Seite und dem konstruierten Idealbild der „Lebenslaufoptimierer_innen“, die sich in Mindeststudienzeit mehrere Studienabschlüsse und Zusatzqualifikationen hart erarbeiten, auf der anderen Seite. Die Realität liegt aber wohl dazwischen. Die Gründe dafür, dass Studierende in Österreich ein Studium aufnehmen, sind vielfältig und spiegeln die Heterogenität der Studierenden wider. In der Sozialerhebung wird das Studienmotiv „Interesse am Fach“ auf einer fünfstufigen Skala im Durchschnitt mit 4,7 bewertet.

Auch für Anna-Chiara Barta waren die Berufsaussichten wenig ausschlaggebend: „Ein Studium an der Uni anzufangen, war wichtig für mich, um mich selber weiterzubilden“, erzählt sie. Ihre Eltern setzten sie zwar nicht unter Druck, ein Studium zu beginnen, aber dass ihre ältere Schwester bereits einen Uniabschluss hatte, war doch ein Faktor. Die 18-Jährige absolviert gerade die Studiengang- und Orientierungsphase (StEOP) an der Universität Wien – im zweiten Durchgang. „Ich bin bei einer Prüfung nicht angetreten, damit habe ich mein Toleranzsemester quasi schon aufgebraucht“, meint sie. Mit dem Abschluss in Mindestzeit wird es daher eher nichts. Die Studienwahl fiel bei ihr nach Interesse aus: Biologie und Theater-, Film- und Medienwissenschaften. Letzteres allerdings nur für etwa zwei Wochen: „Es war einfach nicht das, was ich mir vorgestellt habe.“ Ob sie Biologie zu Ende machen wird, ist unklar. „Geplant habe ich den Abschluss schon, aber vielleicht verlagern sich meine Interessen noch“, meint die Zweitsemestrig. Jetzt will sie Erfahrungen sammeln und vielleicht auch ins Ausland gehen.



Anna, Kristina und Stefanie sind sich einig: Das Studium sollte jedeR nach seinen/ihren Interessen wählen.

RAUS HIER. Etwa ein Fünftel der Studierenden hat bereits ein Auslandssemester oder Auslandspraktikum absolviert. Weitere 15 Prozent planen noch einen Auslandsaufenthalt. Je älter die Studierenden sind, desto häufiger haben sie studienbezogene Auslandserfahrungen gemacht, die Mobilitätsaffinität sinkt jedoch mit dem Alter stetig.

Bereits relativ am Ende ihres Bachelor-Abschlusses steht Kristina Heidlinger. Die 20-jährige studiert im fünften Semester Informatik an der Technischen Universität Wien und braucht „nur noch ein paar Prüfungen“ für den Abschluss. Dass diese in einem Semester bewältigbar sind, zweifelt sie an, aber über das Toleranzsemester wird sie wahrscheinlich nicht kommen. Ein Auslandsaufenthalt ist schon fix einberechnet – aber eher im Master oder in ihrem Zweitstudium Politikwissenschaften. Dieses hat sie begonnen, weil ihr das Informatik-Studium alleine „etwas zu einseitig“ wäre. Dort ist sie im zweiten Semester. Dass sich ein Doppelstudium wahrscheinlich positiv auf Heidlingers Lebenslauf auswirken wird, ist ihr egal: „Es ging mir um das Interesse am Fach. Mit Informatik alleine hat man, denke ich, schon recht gute Chancen am Arbeitsmarkt.“ Neben ihren beiden Muttersprachen Deutsch und Slowakisch, spricht sie auch Englisch und Französisch, nun soll auch Schwedisch dazukommen.

BUMMELN ÜBER DER MINDESTSTUDIENZEIT.

Als Marx ihr Studium begonnen hat, hatte sie „keine Ahnung von der Institution Universität“. Sie kam aus einem 40-Stunden-Job und fand es sogar „etwas erschreckend, nur fünf Mal in der Woche dorthin zu müssen“. Wie viel Arbeit es ist, Seminararbeiten zu schreiben und für Prüfungen zu lernen, erkannte sie erst später: „Ich dachte, das geht ja in Windeseile, da muss ich ja schon in drei Jahren fertig sein.“ Nach den ersten Semestern wurden die Seminare anspruchsvoller und Marx „wurde“ klar, dass es „unglaublich zeitaufwendig ist, ein Studium zu betreiben“.

„Von Leuten, die ‚nur‘ arbeiten, höre ich oft, dass ich als Studentin doch gar nichts zu tun hätte“, meint Barta. Dieses Semester muss die Studienanfängerin schließlich gar nicht auf die Uni – ihre Vorlesungen werden gestreamt. „Ich muss halt meinen Kopf anstrengen, auch wenn ich nicht auf der Uni sitze. Man hat ständig den Druck, Prüfungen zu schaffen. Gerade jetzt in der StEOP, die eine wichtige Entscheidung ist, wie’s mit meinem Studium weitergeht.“

SCHNELL STUDIEREN FÜR DIE BEIHILFEN.

Neben psychologischen Problemen bei Studierenden mit höherer Studiendauer, kommt auch zusätzlicher Stress aufgrund ökonomischer Bedingungen hinzu. Im Durchschnitt liegt das Alter von Studierenden bei 27 Jahren. Für viele hat das seit einigen Jahren auch finanziell negative Folgen. Im Oktober 2010 beschloss die Regierung, den Bezug der Familienbeihilfe mit Ende des 24. Lebensjahres zu streichen. Für Stipendien und andere Förderungen zählt die Studiendauer: Mindeststudienzeit plus Toleranzsemester, sonst muss man sich selbst um das gesamte Einkommen kümmern. „Bei mir ist es tricky geworden, als ich ein Selbsterhalter_innenstipendium bekommen habe. Da musste ich die vorgegebenen Semester einhalten“, erzählt Marx: „Dabei war aber nicht der Lernaufwand stressig, sondern die große Angst vorm finanziellen Prekariat.“

VOR DEM STUDIUM IST NACH DEM STUDIUM.

Was nach dem Studienabschluss kommt, steht für Barta noch in den Sternen: „Ich denke jetzt schon ein bisschen an das, was nach dem Studium kommt. In den Naturwissenschaften ist es eher schwierig, in die Forschung zu gehen, aber noch ist das weit weg. Ich bin ja erst in der StEOP“, meint Studienanfängerin Barta entspannt: „Ich glaube aber, das wird sicher noch kommen, wenn der Abschluss näherrückt.“

Bei Marx ist das schon passiert: „Nach dem Studium will ich jedenfalls noch ein Doktoratsstudium anhängen. Ich überlege, weiter wissenschaftlich zu arbeiten, vielleicht an der Universität zu bleiben.“

Dass sie ihr Studium nicht in der Mindestdauer absolviert, hält Marx für kein Hindernis. „Ich denke nicht, dass es in den Geisteswissenschaften so ist, dass die Person, die am schnellsten studiert, den Job bekommt, sondern andere Merkmale und Attribute zählen.“ Ab einem gewissen Alter gibt es jedoch trotzdem den Zwang sich zu rechtfertigen.

Um wissenschaftlich tätig zu sein, steht für sie als nächstes ein Praktikum bei einem Wissenschaftsverlag an. Somit tut sie es 43 Prozent ihrer Studienkolleg_innen gleich, die während ihrer Studienzeit schon mindestens ein Praktikum absolviert haben. Von ihnen hat ein Fünftel bisher ausschließlich freiwillige Praktika, weitere 15 Prozent ausschließlich Pflichtpraktika im Rahmen des Studiums und acht Prozent bereits Erfahrung mit beiden Arten gemacht. Auch Heidlinger hat bereits ein Praktikum absolviert. Zwei Monate unterstützte sie im Sommer 2012 eine Abteilung für Wirtschaftsinformatik. In dieser Zeit wurden Kontakte geknüpft und ein Überblick über das Unternehmen geboten. „Es war allerdings etwas, wo ich mir im Nachhinein sicher bin, dass ich es nicht machen will – daher waren das wohl nicht die wertvollsten Kontakte“, meint Heidlinger.

Dass es wesentlich wichtiger ist, auch andere Erfahrungen neben dem Studium zu sammeln, scheint für die meisten Studierenden zu stimmen. Marx ist beispielsweise in der Studienvertretung aktiv: „Natürlich lernt man dabei schnell Leute kennen und knüpft Kontakte. Das passiert zwar nicht auf der wissenschaftlichen Ebene, aber man tut sich bestimmt leichter nachher.“ Heidlinger knüpft an: „Wer weiß, wie es später ist. Ich denke allerdings, dass ich mein ganzes Leben lang nebenbei studieren werde, weil ich das einfach so gerne mache.“

Oona Kroisleitner studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

Wenn Bildung vererbt wird

Trotz des Anstiegs der Studierendenzahlen sind Personen aus nichtakademischem Milieu an den Universitäten stark unterrepräsentiert. Claudia Aurednik hat mit „working class academics“ über die Probleme von Kindern aus nicht privilegierten Elternhäusern im Bildungssystem gesprochen.



„Einmal hat uns ein Student erzählt, dass er Germanistik studieren wollte und das Studienfach im Vorlesungsverzeichnis der Universität Wien nicht gefunden hat. Daraufhin hat er ein anderes Studienfach inskribiert, weil ihm die Bezeichnung Deutsche Philologie unbekannt war“, erzählt der Bildungssoziologe Ingolf Erler (35). Erler hat während seines Studiums an der Universität Wien ein Referat für Kinder aus nicht privilegierten Elternhäusern gegründet, in dem er sich gemeinsam mit anderen theoretisch mit Ausschlussmechanismen des österreichischen Bildungssystems auseinandergesetzt hat. 2007 hat er das Buch *Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem* herausgegeben. Erler selbst ist in einem kleinen Industrieort in der Obersteiermark aufgewachsen. Sein Vater hatte einen Installateurbetrieb und seine Mutter war Bürokauffrau: „Zu Beginn waren sie angesichts meines Soziologiestudiums etwas irritiert, weil ich zuvor eine HTL gemacht hatte. Dennoch haben sie meine Entscheidung akzeptiert.“ Im Laufe seines Studiums wurde Ingolf Erler von den Schriften Pierre Bourdieu geprägt. „In unserer Gesellschaft zählt Bildung zu den Dingen, die Ungleichheit erzeugen, ohne dass dies gleich auffällt.“ Dieser Aspekt hat auch auf die Selbstwahrnehmung der Betroffenen enorme Auswirkungen, ergänzt Erler: „Denn diejenigen, die im Bildungssystem scheitern, suchen die Schuld bei sich selbst. Sie machen nicht die strukturellen Bedingungen dafür verantwortlich.“ Die Universität betrachtet Erler als Teil des gesamten österreichischen Bildungssystems: „Das Schulsystem funktioniert wie eine Pyramide. Unten kommen alle rein und oben an der Spitze befinden sich nur wenige. Denn Bildung hat die Funktion, Menschen zu selektieren und nur bestimmte in gewisse Positionen aufrücken zu lassen. Zudem geht die Universität immer davon aus, dass sie eine elitäre Ausbildung ist.“ Ingolf Erler erläutert, dass an der Hochschule

auch subtile Mechanismen wirken: „Es gibt dort eine Unmenge an Abkürzungen und Hierarchien. Menschen aus einem nichtakademischen Milieu müssen erst lernen, mit ProfessorInnen auf Augenhöhe zu sprechen. Leute, die in einem akademischen Umfeld aufwachsen, fällt es viel leichter, sich vor ProfessorInnen zu inszenieren.“ Doch gerade die symbolische Ebene und die subtilen Mechanismen werden nach Erler oft übersehen und in Untersuchungen vernachlässigt. Eine Problematik stellt auch dar, dass im österreichischen Bildungssystem besonders früh selektiert wird. In Ländern mit hohem AkademikerInnenanteil ist das anders. „Im Bildungssystem der skandinavischen Länder steht die Förderung der einzelnen Personen viel stärker im Vordergrund. Dort lässt man die Leute in einem gemeinsamen Schulverband und fördert gerade jene, die Schwierigkeiten haben. Bei uns wird eher nach der Elitenförderung gefragt und so werden Leute, die bereits einen akademischen Background haben, gefördert.“ Erler betont dabei auch die unterschiedliche Verantwortung für Bildung: „In den skandinavischen Ländern ist die Gesellschaft für das einzelne Kind verantwortlich. Und die hat natürlich viel bessere Möglichkeiten Kinder zu fördern als die einzelnen Eltern.“

Für Personen aus nichtakademischen Familien werden in bildungspolitischen Debatten unterschiedliche Begriffe verwendet. Oft wird von „Personen aus bildungsfernen Schichten“, „kulturell und sozial benachteiligten Personen“ oder „Arbeiterkindern“ gesprochen. „Die Bezeichnung der Arbeiterklasse ist schwierig, weil Klasse in der Alltagssprache nicht als soziologischer, sondern als ideologischer Begriff verstanden wird. Gleichzeitig ist das oftmals dahinterstehende Bild des weißen, männlichen Fabrikarbeiters überholt“, erklärt Ingolf Erler: „Außerdem zählen häufig auch Kinder von LandwirtInnen zu

dieser Gruppe, obwohl sie sich selbst dieser kaum zuordnen würden.“ Begriffe wie „bildungsferne Schicht“ oder „kulturell und sozial benachteiligte Person“ sind für ihn noch schwieriger fassbar: „Denn kein Mensch würde sich selbst so bezeichnen.“

INITIATIVE ARBEITER-KIND.AT In Deutschland hat Katja Urbatsch 2008 die Initiative *Arbeiterkind.de* gegründet. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von Kindern aus nichtakademischen Familien an den Hochschulen zu erhöhen und unterstützt betroffene Menschen auf ihrem Weg zu einem erfolgreichen Studienabschluss. Mittlerweile umfasst das Netzwerk 5000 ehrenamtliche MentorInnen und 70 lokalen Gruppen. *Arbeiter-Kind.at* ist der österreichische Ableger des sozialen Netzwerks, bei dem auch Natascha Miljkovic (34) aktiv ist. Sie hat mit dem Begriff Arbeiterkind keine Probleme und hat sich von der Initiative gleich angesprochen gefühlt: „Vor zwei Jahren habe ich in einem Magazin ein Interview mit Katja Urbatsch gelesen und darin meine eigene Lebensgeschichte wiedererkannt. Denn mein Vater war ein Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien, der in den 1970er Jahren nach Österreich gekommen ist und in Oberösterreich meine Mutter kennengelernt hat.“ Natascha Miljkovic hat vor einigen Monaten eine Firma gegründet und ist als Wissenschaftsberaterin an Universitäten tätig. 2007 hat sie ihre Dissertation am Institut für Zoologie abgeschlossen. Bei *Arbeiter-Kind.at* ist sie im Organisationsteam tätig. Dort kümmert sie sich primär um die Bekanntheit des Netzwerks an den Universitäten. Außerdem ist sie in Wien als Mentorin für Studierende der Naturwissenschaften aktiv. Eine höhere Ausbildung zu absolvieren war ainnert sich: „In der Volksschule wurde meinen Eltern noch gesagt, dass ein Kind aus einer Gastarbeiterfami-



Fotos: Alexander Gotter

lie nicht ins Gymnasium gehen muss. Doch meine Eltern haben sich trotzdem dafür entschieden, weil sie selbst nicht den Zugang zu höherer Bildung gehabt hatten.“

Während des Studiums an der Universität Wien hatte Natascha Miljkovic keine Probleme mit ihrer familiären Herkunft. Doch im Gymnasium hatte sie ihre soziale Stellung deutlich zu spüren bekommen: „Dort wurde mir vermittelt, ich wäre ein Nichts. MitschülerInnen aus Anwalts- oder Arztfamilien wurden viel besser behandelt als ich. Eine derart extreme, ungerechte Behandlung habe ich nachher nie wieder erlebt.“ Die negativen Erfahrungen aus der Schulzeit haben sich auch auf Miljkovics Verhalten zu Beginn ihres Studiums ausgewirkt: „Durch die permanente Demotivation in der Schule war ich in der ersten Zeit sehr schüchtern. Ich habe mich beispielsweise nicht getraut, jemanden nach dem Hörsaal zu fragen. Aber nachdem ich meine Zurückhaltung überwunden hatte, habe ich keine größeren Probleme während meines Studiums gehabt.“ Miljkovic erzählt, dass ihre Eltern sich nicht in ihre Studienwahl eingemischt hätten: „Meine Eltern wollten nur, dass ich die Matura mache. Und ich denke, dass ein Studium, das man sich selbst aussucht, für einen selbst viel mehr Wert hat.“ Natascha Miljkovic reflektiert über die gesellschaftliche Stellung von Menschen aus nichtakademischen Familien: „Bis heute ist es ein Stigma, aus einer Arbeiterfamilie zu kommen. Deshalb sind wir bei *Arbeiter-Kind.at* auch stolz darauf, dass die Nationalratspräsidentin Barbara Prammer unser erstes Testimonial war. Dass sie aus einer Bergarbeiterfamilie kommt, wissen nur wenige.“ Miljkovic merkt an, dass viele Studierende aus nichtakademischen Familien besondere Probleme haben: „Viele haben zu wenig Selbstbewusstsein und sehen ihre Möglichkeiten nicht. Das ist schade, denn dabei geht sehr viel Potenzial verloren.“

ARBEITERINNENMILIEU „Meine Eltern haben sich gewünscht, dass ich einen polytechnischen Lehrgang und eine Lehre mache oder mich für eine HAK oder HTL entscheide“, erzählt Bernhard Bergler (22) und ergänzt: „Ich habe mich nach der Hauptschule bei meinen Eltern durchsetzen müssen, um aufs Gymnasium zu gehen. Nach der Matura war es dann für sie nachvollziehbar, dass ich ein Studium beginnen werde.“ Vor zwei Jahren war Bernhard Bergler Sprecher der Initiative *Arbeiter-Kind.at*. Das Engagement musste er dann aufgrund des Studiums ruhen lassen. Derzeit macht er seinen Bachelorabschluss am Institut für Politikwissenschaft und studiert Bildungswissenschaft an der Universität Wien. Bergler kommt aus dem Bezirk Liezen in der Obersteiermark. Sein Vater war Koch und Konditormeister und arbeitet derzeit als Hausmeister. Seine Mutter ist seit seiner Geburt Hausfrau. Unter dem Studium der Politikwissenschaft haben sich seine Eltern nichts vorstellen können: „Mit Medizin oder Jus können Menschen etwas anfangen. Aber es fällt ihnen schwer sich vorzustellen, was ein Studium der Politikwissenschaft ist und welche beruflichen Aussichten man mit diesem hat.“ Die Unterschiede zwischen ihm und Kindern aus akademischen Familien hat Bergler während seines Studiums rasch bemerkt: „Für Akademikerkinder ist es selbstverständlich, dass die Eltern helfen und die Arbeiten korrigieren. Oft habe ich in Gesprächen bemerkt, dass sie aus einer mir unbekanntem Welt kommen.“ Bis heute hat er das Problem, dass er nicht genügend akademische FreundInnen hat, die seine Arbeiten Korrektur lesen und mit ihm über diese diskutieren. Außerdem hätten Studierende aus dem akademischen Milieu, nach Bergler, den Vorteil, während ihres Studiums auch mental unterstützt zu werden. „Bei anderen Eltern ist es selbstverständlich, dass das Kind auf eine höhere Schule geht und anschließend ein Studium beginnt. Von nichtakademischen

Eltern werden Studierende oftmals entmutigt, während Kinder aus Akademikerfamilien ermutigt werden“, reflektiert Bergler.

Auch der akademische Habitus ist für ihn befremdend. Er erinnert sich an eine Episode während des Erstsemestrigen-Tutoriums an der Politikwissenschaft: „Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich mit anderen Arbeiterkindern an der Wand gestanden bin und wir uns sehr unsicher verhalten haben. Da ist einer geradlinig zum Studiendekan gelaufen und hat mit ihm über handgemachte italienische Schuhe gesprochen. Damit hab ich überhaupt nichts anfangen können.“ Doch trotz der Probleme an der Universität lässt sich Bernhard Bergler nicht entmutigen. Für StudienanfängerInnen mit einer ähnlichen Ausgangsposition hat er folgende Ratschläge: „Man sollte niemals aufgeben und sich rechtzeitig Hilfe holen. Auch die Schwierigkeiten an der Universität sollte man nicht auf sich beziehen, denn oft krankt es an der Struktur des Hochschulsystems.“

Claudia Aurednik ist Historikerin und studiert derzeit Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien.

Links:
Arbeiter-Kind.at: www.arbeiter-kind.at/
Arbeiterkind.de: arbeiterkind.de/
Ingolf Erler: www.ingolferler.net/

Literatur:
Ingolf Erler (Hg.): Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Mandelbaum: Wien 2007.
Katja Urbatsch: Ausgebremst. Warum das Recht auf Bildung nicht für alle gilt. Heyne: München 2011.

Warum gehst du zur ÖH-Wahl?



„Aus dem selben Grund, aus dem ich prinzipiell wählen gehe! Um Einfluss zu nehmen auf die Ausrichtung der Unipolitik und auf die Position, die zu verschiedenen Themen bezogen wird.“

Julia Katzmaier, 24, studiert KSA an der Uni Wien.



„Gleich ob Nationalrats-, Landes- oder ÖH-Wahlen – solange mensch sich umsieht und Verbesserungspotential in seiner Umwelt erkennt, sehe ich keinen triftigen Grund, vom Luxus, wählen zu können, nicht Gebrauch zu machen.“

Magdalena Lentsch, 26, studiert KSA an der Uni Wien.



Umfrage: Lukas Kaindlstorfer
Fotos: Alexander Götter

„Wem eine demokratische Universität wichtig ist, der muss auch wählen gehen.“

Philipp Haunschmid, 25, VWL-Student an der Uni Wien.



„Ich gehe zur ÖH-Wahl, weil mir das erlaubt aktiv mitzugestalten, wie die zukünftige Unipolitik aussehen wird.“

Lisa Feigl, 25, studiert Englisch und Philosophie/Psychologie auf Lehramt an der Uni Wien.



„Ich gehe zur ÖH-Wahl, um Meinungen links des politischen Mainstreams zu stärken und ihr Streiten für mehr Raum und Öffentlichkeit zu unterstützen.“

Moritz Ablinger, 20, ist Student der Politikwissenschaften an der Uni Wien.

Service, das hilft!

Gleichsetzungs-Verordnung im Studienförderungsgesetz gefallen

Wer die erhöhte Studienbeihilfe bekommt oder nicht, hängt unter anderem davon ab, ob Studierende als auswärtig oder nicht auswärtig eingestuft werden. Auswärtig bedeutet, dass der Studienort so weit vom Wohnort der Eltern entfernt ist, dass es nicht zumutbar ist, vom Wohnort der Eltern täglich zu pendeln. Das BMWF hat diesbezüglich eine Verordnung geschaffen, in der geregelt ist, welche Gemeinden welchem Studienort gleichzusetzen sind und somit nicht als auswärtig zählen. Ausschlaggebend bei der Verordnung war unter anderem, dass der Studienort in zwanzig Minuten erreicht werden kann. Nach einer Klage der

ÖH hat der Verfassungsgerichtshof vor zwei Wochen die Gleichsetzungsverordnung als verfassungswidrig aufgehoben.

Die erfolgreiche Klage ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das BMWF muss in den nächsten Wochen eine neue Lösung bezüglich der Auswärtigkeit finden. Wir werden uns in Verhandlungen dafür einsetzen, dass die Auswärtigkeit bei der Studienförderung fällt. Denn es ist nicht zumutbar, davon auszugehen, dass Studierende noch bei ihren Eltern wohnen – unabhängig vom Wohnort der Eltern. (JF)

Arbeitsgruppe Barrierefreiheit

Die Arbeitsgruppe Barrierefreiheit entstand im Rahmen von Forum Hochschule II der ÖH-Bundesvertretung.

Gemeinsam mit VertreterInnen der Psychologischen Studentenberatung, dem Verein österreichischer gehörloser Studierende – VÖGS, dem Institut für Höhere Studien – IHS, Behindertenbeauftragten und betroffenen Studierenden selbst, wurden die Hürden, mit denen Studierende mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen konfrontiert

sind, analysiert und Forderungen im Sinne eines Nachteilsausgleichs erarbeitet.

Es muss allen Studierenden unabhängig davon, welchen Barrieren sie gegenüberstehen und unabhängig von der Hochschule, an der sie studieren möchten, möglich sein, mindestens 30 ECTS pro Semester erfolgreich zu absolvieren, um einen inklusiven Hochschulraum, der frei von Diskriminierungen ist, zu schaffen. (VK)

POLITIK



Wirkt schwer – Ist leicht!

Die ÖH-Wahl 2013

Die *progress*-Redaktion hat die größten bundesweit antretenden Fraktionen für die ÖH-Wahl um einen kurzen Überblick über ihre wichtigsten Forderungen und Standpunkte gebeten. Ihre Antworten wurden anhand ihres Einlangens in der Redaktion gereiht. Für mehr Information schau' auf www.wahl.oeh.ac.at oder die jeweiligen Seiten der Fraktionen.

progress: Was sind eure drei wichtigsten Forderungen für die ÖH-Wahl 2013?

JuLis – JUNGE LIBERALE: Wir fordern ein System nachgelagerter Studiengebühren, welches jedem die Möglichkeit gibt, seine Studiengebühren erst dann zu bezahlen, wenn er/sie im Berufsleben steht und ein gewisses Einkommen hat. Da wir es uns nicht mehr leisten können, dass überfüllte Hörsäle und Knock-out-Prüfungen die Zeit der StudentInnen verschwenden, setzen wir JuLis uns für faire Zugangsregeln ein. Wir JuLis fordern ein Ende der ÖH-Zwangsmitgliedschaft, da es aus unserer Sicht nur so möglich ist, dass die ÖH wieder zu einer professionellen Lobby für die Studierenden wird.

AG – AKTIONSGEMEINSCHAFT: Die Aktionsgemeinschaft fordert mehr ausfinanzierte Studienplätze in Massen- und Zukunftsstudien, faire und transparente Zugangsregelungen inklusive Mitsprache- und Kontrollrechte der ÖH sowie mehr Mobilität im Studium durch leistbare österreichweite Studententarife im öffentlichen Verkehr.

GRAS – GRÜNE UND ALTERNATIVE STUDENTINNEN: Wir fordern freie Bildung: freie Orientierung mit dem zweisemestrigen „Studium Generale“ als Alternative zur StEOP, freie Mobilität mit Gratis-Öffis und leistbares Wohnen durch die Abschaffung der Zusatzkosten (Vergebührung der Mietverträge und Makler*innenprovisionen), damit Wohnen wieder leistbar wird.

FLÖ – FACHSCHAFTSLISTEN ÖSTERREICH:

Die FLÖ fordern ein ausfinanziertes Hochschulsystem, damit Studieren nicht von der sozialen Stellung bzw. dem Einkommen der Eltern abhängt. Wir wollen eine Lehrveranstaltungsevaluierung mit Konsequenzen – Universitäten bzw. Institute, die gute Lehre anbieten, sollen mehr finanzielle Mittel bekommen. Transparente Anrechnung von Prüfungen – wir fordern die Veröffentlichung von Entscheidungen bei Anrechnungen, um einen Wechsel zwischen Studien und Auslandsaufenthalten zu vereinfachen.

UNIPIRATEN: Flächendeckende Videostreams statt überfüllter Hörsäle, frei verfügbare Lehrunterlagen statt Unsummen für Skripten. Echte studentische Mitbestimmung durch Liquid Democracy auf Universitätsebene. Kontrolle und Nachvollziehbarkeit durch Transparenz – mit ÖH-Geldern muss verantwortungsbewusst umgegangen werden.

KSV – KOMMUNISTISCHER STUDENTINNEN-VERBAND: Wir fordern Geld für Bildung statt für Banken, ein Grundstipendium für alle Studierenden, weil Studieren nicht arm machen darf, und wieder mehr kritische Lehre auf den Unis.

FEST – FRAKTION ENGAGierter STUDIERENDER: Wir fordern das Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft von Studierenden: Alle Studierenden in Österreich sollen die gleichen Rechte besitzen. Damit sind besonders Drittstaatenangehörige gemeint, aber auch Studierende an PHen und FHen. Wir fordern eine verbesserte Hochschuldidaktik: Statt Verschulung und StEOP brauchen wir verpflichtende Didaktikkurse für Lehrende und transparente und regelmäßige Lehrveranstaltungsevaluierungen. Innerhalb der ÖH fordern wir die Schaffung eines Kulturpolitik-Referates, das eine reflektierte Auseinandersetzung mit Kultur und Gegenkultur anregen soll.

RFS – RING FREIHEITLICHER STUDENTEN: Der RFS fordert Studiengebühren für Nicht-Österreicher, Machtkontrolle sowie einen Teuerungsausgleich für Studenten.

VSStÖ – VERBAND SOZIALISTISCHER STUDENTINNEN ÖSTERREICH: Wir fordern ein Beihilfensystem, das sich an die Realität von Studierenden anpasst: Abschaffung der Altersgrenzen, Ausweitung der Toleranzsemester und Erhöhung der Studienbeihilfe, die Verbesserung der Studienbedingungen, echte Gleichberechtigung an Hochschulen sowie eine ÖH, die hilft – mit konkreten Projekten und Serviceangeboten, die Studierende in ihrem Alltag direkt unterstützen.

KSV LILI – KOMMUNISTISCHER STUDENTINNENVERBAND LINKE LISTE: Für eine politische, linke und unabhängige ÖH, die Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus organisiert und weiterhin über das allgemeinpolitische Mandat verfügt! Entlastung der Studierenden: Mehr Zeit und weniger Druck im Studium, gegen Verwertung, Leistungsterror und Konkurrenz. Fight precarity! Gegen Überwachung, Securities und Kommerzialisierung – für Selbstbestimmung und radikale Lebensfreude auf der Uni!

progress: Was sind eure Grundsätze, was unterscheidet euch grundlegend von den anderen Fraktionen?

JuLis: Die JuLis stehen für Freiheit und Eigenverantwortung. Wir empfinden es als ungerecht, dass universitäre Bildung gänzlich von der Allgemeinheit finanziert wird. Deswegen sind wir davon überzeugt, dass Studierende, da sie schließlich auch am meisten von ihrem Studium profitieren, einen Beitrag dazu leisten sollten. Obwohl sich unsere Forderungen von denen der anderen Fraktionen sehr stark unterscheiden, versuchen wir uns durch konstruktive Mitarbeit für die Interessen der Studierenden einzusetzen.



www.julis.at

AG: Im Gegensatz zu den meisten anderen Studentenfraktionen hat sich die Aktionsgemeinschaft einem einzigen Ziel verschrieben: die hochschulpolitischen Interessen der Studenten bestmöglich zu vertreten. Wir legen den Fokus ausschließlich auf bildungspolitische Themen und Serviceleistungen,



nicht auf Demonstrationen, Hörsaalbesetzungen und rechtswidrige Geldverschwendungen wie beispielsweise das „Café Rosa“.

www.aktionsgemeinschaft.at

GRAS: Für die GRAS hört Vertretungsarbeit für Studierende nicht bei den Toren der Uni, FH oder PH auf. Das Ziel der GRAS ist, das Leben der Studierenden durch konsequente Politik ganzheitlich zu verbessern. Gesellschaftspolitik, Feminismus und Ökologie sind der GRAS ein wichtiges Anliegen. Die GRAS ist die einzige Fraktion, die Mitsprache nicht nur predigt, sondern auch lebt. Basisdemokratie und das gleichberechtigte Mitentscheiden aller Aktivist*innen sind Alleinstellungsmerkmale der GRAS.



www.gras.at

FLÖ: Die FLÖ verstehen sich als parteiunabhängige Studierendenvertretung und stellen die Interessen der Studierenden in den Mittelpunkt. Wir sehen die ÖH nicht als Karrieresprungbrett für Parteien. Besonders die Einbindung von Studierenden in Entscheidungsfindungsprozesse ist uns ein Anliegen. Eine wichtige Aufgabe ist die engagierte Arbeit in Gremien. In kritisch-konstruktiver Zusammenarbeit



mit allen Angehörigen der Universitäten kämpfen wir für bestmögliche Studienbedingungen.
www.fachschaftslisten.at

UNIPIRATEN: Wir Unipiraten wollen die neuen technologischen Chancen nutzen, um die Universitäten transparent, leicht zugänglich und nachvollziehbar zu gestalten. Durch eine Online-Plattform soll echte Mitbestimmung an der Universität erreicht werden – auch nach den ÖH-Wahlen. Das digitale Angebot der ÖH und der Universitäten muss stark



ausgebaut werden. Dazu gehören eine zentrale Datenbank für Lehrunterlagen und wissenschaftliche Arbeiten. Transparenz schützt vor Missbrauch. Die Piraten sind Politik 2.0!
www.unipiraten.at

KSV: Wir wollen nicht nur Interessensvertretung für, sondern mit den Studierenden machen. Nur fordern reicht nicht, also wollen wir die ÖH zu einer Kraft machen, die gemeinsam mit den Studierenden Forderungen formuliert, Druck aufbaut und sie dann gemeinsam durchsetzt. Mit uns sind keine Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen oder weiterhin



schlecht-/nichtbezahlte Praktika zu machen. Wir stehen für radikale Prioritätenänderung! Unser Ziel heißt Sozialismus.
www.comunista.at

FEST: Wir sind parteiunabhängig, aber kein loser Zusammenschluss von Leuten, die sich engagieren wollen: Wir werden zusammengehalten von zehn gemeinsamen Grundsätzen, dazu zählen unter anderem antidiskriminierendes Engagement, Frauenförderung und der Einsatz für soziale Absicherung der Studierenden und einen gebührenfreien Hochschulzugang ohne Zugangsbeschränkungen. Für uns sind Bildungspolitik und



Gesellschaftspolitik untrennbar miteinander verbunden.
www.die-fest.at

RFS: Für den RFS in Österreich ist eine mögliche Zusammenarbeit mit kommunistischen und anderen totalitären Bewegungen auf universitärer Ebene undenkbar. Eine wertekonservative politische Gruppierung wie der RFS kann auf Grund ihres Standpunktes zur Meinungsfreiheit, der Republik Österreich und unserer Demokratie keine Kooperation mit extremistisch motivierten Personen vereinbaren.



www.facebook.com/rfs2011

VSStÖ: Der VSStÖ setzt sich dafür ein, dass Studierende wieder für alle leistbar wird. In Verhandlungen legen wir konkrete Modelle auf den Tisch, um für Studierende wirkliche Verbesserungen zu erreichen. Es ist uns wichtig, Studierende mit unserem Beratungsangebot und konkreten Hilfestellungen im Alltag zu unterstützen. Wir halten, was wir versprechen: Alle Projekte, die wir uns 2011 vorgenommen haben, wurden von der ÖH mittlerweile umgesetzt.



Und das haben wir auch für die nächsten zwei Jahre vor!
www.vsstoe.at

KSV LiLi: KSV-LiLi kämpft in und außerhalb der ÖH mit einer systemüberwindenden Perspektive gegen reaktionäre Verhältnisse. Wir sind ein radikaldemokratisches und undogmatisches Kollektiv. Ziel ist ein Bildungssystem ohne jegliche Barrieren, jenseits von Elitenreproduktion und Marktcompatibilität. KSV-LiLi ist antikapitalistisch und kritisiert autoritäre Sozialismusmodelle. Hierarchien, Autoritäten



und Patriarchat zerschlagen, feministische Praxis, radikale Demokratie und Selbstbestimmung erkämpfen. Vota Comunista!
www.votacomunista.at



WOHNST DU SCHON?

Während die Mietpreise in Wien und anderen Unistädten explodieren, kämpfen die BetreiberInnen von Studierendenwohnheimen mit Platznot und fehlenden Förderungen. Bis zu 90 Prozent der BewerberInnen müssen abgelehnt werden. Eine Entspannung der Lage ist derzeit kaum in Sicht. Wer leistbar wohnen will, braucht vor allem Glück.

Drei Jahre lang hat Irina auf den Brief gewartet: Schon 2009, noch mitten in ihrem Archäologie-Studium, hat sie sich für eine Gemeindewohnung in Wien vormerken lassen. Mit dem Kuvert kam vor allem große Erleichterung: 49 Quadratmeter im zweiten Wiener Gemeindebezirk um 367 Euro. Viel nachzudenken gab es da nicht, Irina sagte zu. „Ich hatte Glück“, meint die 26-Jährige aus Steyr. „Da habe ich schon von ganz anderen Wartezeiten gehört.“ Denn der Wohnungsmarkt in Wien ist angespannt. Alleine im vergangenen Jahr stiegen die Mieten um etwa zehn Prozent. Seit 2007 verzeichnen Immobilienportale und -firmen eine Verteuerung von über 30 Prozent. Durchschnittlich elf Euro Miete bezahlt man inzwischen pro Quadratmeter. Besonders teuer sind kleine Wohnungen unter 50 Quadratmetern Fläche und jene in innerstädtischer Lage: zwei Faktoren, die vor allem Studierende treffen. Denn die Hälfte der österreichischen Studierenden lebt laut Studierenden-Sozialerhebung 2011 wie Irina in einem eigenständigen Haushalt, entweder alleine oder mit dem/der PartnerIn zusammen.

Bevor sie in ihre neue Gemeindewohnung gezogen ist, hat Irina im Studierendenwohnheim im Gasometer gewohnt. Ihr Zimmer dort war acht Quadratmeter groß,

das Bad teilte sie sich mit einem Mitbewohner, die Küche und die Toilette mit drei. In dem klobigen Betonbau gab es nur wenig Licht und noch weniger Privatsphäre. Denn die beiden Mitbewohner im Doppelzimmer hatten ständig Besuch. „Ab und zu waren bis zu zehn Leute in dem Zimmer“, erzählt Irina. Aber sie war bereit, diese Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Denn immerhin kostete das Zimmer nur rund 260 Euro, Strom, Gas sowie Internet bereits inbegriffen. Im Vergleich dazu geben Studierende, die in einem selbstständigen Haushalt leben, laut Sozialerhebung rund 400 Euro pro Monat für die Miete aus. Das Internet oder die Heizung sind da noch nicht inkludiert. Auch Lisa zog für das Studium von Ottensheim in Oberösterreich nach Wien und erst einmal in ein Wohnheim. „Nach der Matura haben das die meisten Leute bei uns so gemacht. Weil man weniger Verantwortung hat und auch neue Leute kennenlernt“, erzählt sie.

ZU VIELE BEWERBERINNEN, ÜBERFÜLLTE WOHNHEIME. Jedes Jahr strömen tausende StudienanfängerInnen in die Universitätsstädte Österreichs. Vielen von ihnen geht es ähnlich wie Lisa. Sie wollen erst einmal sorgenfrei und billig wohnen und bewerben sich in einem Wohnheim. Alleine für Wien

listet das Wissenschaftsministerium 94 verschiedene Heime unterschiedlicher Größe: Von acht Plätzen bis zu mehreren hundert Betten ist alles dabei. Trotzdem ist der Andrang weitaus größer als das Angebot. Die Statistiken mehrerer großer Heimträgerorganisationen zeigen: Fast 80 Prozent aller BewerberInnen müssen abgewiesen werden. „In Wien ist die Situation am schlimmsten. Hier mussten wir fast 90 Prozent der Bewerbungen ablehnen“, erklärt Sabine Straßer, Geschäftsführerin von *home4students*. Die gemeinnützige Heimträgerorganisation ist einer der größten Anbieter und betreibt 16 Wohnheime in Wien, Graz, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck. Nach Wien ist die Lage in Innsbruck und Salzburg am kritischsten, am entspanntesten sei die Situation in Klagenfurt. Dort kann etwa der Hälfte der Anmeldungen stattgegeben werden. Das bestätigen auch die Zahlen der ÖJAB (Österreichischen Jugendarbeiterbewegung), ebenfalls einer der größten gemeinnützigen Heimbetreiber Österreichs: Von 8889 Anmeldungen für das Studienjahr 2012/13 mussten rund 7500 Bewerbungen abgelehnt werden, weil am gewünschten Studienort zur gewünschten Zeit keine Plätze mehr frei waren. Alleine 5012 Bewerbungen für 2400 verfügbare Plätze gab es in Wien, 1811 Bewerbungen



Fotos: Christopher Glanzl

für 421 Plätze waren es in Graz. Da viele Studierende länger als ein Jahr in einem Heim bleiben, sind viele der Betten aber schon im Vorhinein besetzt. Der Wettbewerb um die Heimplätze spiegelt auch den Wohnungsmarkt wider: In Wien, Innsbruck und Salzburg, wo die Mieten besonders teuer und der Platz knapp ist, gibt es die meisten Bewerbungen.

GEKÜRZTE FÖRDERUNGEN, KAUM SANIERUNGEN. Es besteht also durchaus noch Bedarf an neuen Studierendenwohnheimen. „Wir wollen wachsen“, sagt auch Straßer. Woran es scheitert? „Vor allem an dem Mangel an leistbaren Immobilienobjekten. Das ist natürlich auch wieder eine Frage der finanziellen Mittel“, erklärt die *home4students*-Geschäftsführerin. Die finanziellen Mittel sind derzeit bei allen Heimträgerorganisationen knapp. Denn 2010 beschloss die Regierung im Zuge der Budgeterstellung, die Förderungen für Studierendenwohnheime zu streichen. Früher übernahm der Bund ein Drittel von Neubau- oder Sanierungskosten, jetzt gar nichts mehr. Die Summe der Förderungen bewegte sich dabei jährlich etwa bei zehn bis elf Millionen Euro. „Das Tragische ist, dass diese Kürzung so ansatzlos passiert ist. Fast alle Studentenheimträger sind gemeinnützig. Das bedeutet, man darf keinen Gewinn machen und kann auch keine großen Rücklagen schaffen“, schildert Straßer. Das Geld für Sanierungen und Neubauten muss daher jetzt von den Studierenden kommen. „Wir mussten unsere Preise mehr als um den normalen Verbraucherpreisindex erhöhen, haben aber versucht, sie so niedrig wie möglich zu halten“, so Straßer. Laut Studierenden Sozialerhebung 2011 haben Studierende in Wohnheimen durchschnittlich die geringsten Kosten: 260 Euro müssen sie monatlich veranschlagen. Das liegt deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt der Wohnkosten von 350 Euro.

Noch profitiere die Organisation von einer alten Veräußerung und internen Umstrukturierungen. Im Heim Sensengasse im neunten Wiener Gemeindebezirk, wo auch die Verwaltung von *home4students* untergebracht ist, wurde im Herbst das Büro verkleinert. So wurden elf zusätzliche Betten geschaffen. Aber auch diese Maßnahmen geschehen in der Hoffnung, dass die Förderung wieder eingeführt

wird. „Denn Sinn und Zweck der Übung ist es ja, leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Und leistbar hat seine Grenzen“, meint die Geschäftsführerin. Vor allem bei Neubauten könne die Situation ohne eine Wiedereinführung der Förderung kritisch werden. „Die Zimmer in Neubauten müssten dann auf jeden Fall teurer sein“, sagt Straßer. Sie schätzt, dass die Preise sich mindestens bei 400 Euro bewegen würden. Nicht jeder kann einfach in eines der *home4students*-Heime einziehen. Soziale Bedürftigkeit ist die Grundvoraussetzung, schon bei der Anmeldung müssen die Einkommensverhältnisse der Eltern offengelegt werden. „Der Rest ist Geschwindigkeit und Glück“, meint Straßer. Wer sich zuerst meldet und alle Kriterien erfüllt, bekommt den Platz. Da es keine offizielle Anmeldefrist gibt, sondern das ganze Jahr Bewerbungen eintreffen, wird nicht gereiht.

Auch private Anbieter erkennen zunehmend den Markt Studierendenwohnheim. Im Herbst 2013 wird mit dem *Milestones*-Wohnheim, unweit des neuen Campus der Wirtschaftsuniversität Wien, das größte privatwirtschaftlich geführte Wohnheim Wiens eröffnet. Statt Zimmer gibt es dort Apartments, jedes mit einer Größe von 24 Quadratmetern. Fitness-Raum, Partydach und eine eigene Parkanlage sind selbstverständlich. Dieser Luxus hat allerdings auch seinen Preis: 550 Euro pro Monat wird ein Apartment kosten. „Wenn die Gemeinnützigen nicht mehr können oder die notwendig gewordenen hohen Preise mit ihrer Philosophie nicht mehr vereinbaren können, wird es der private Markt auffangen. Da geht es um Gewinnmaximierung“, sagt Straßer.

STEIGENDE MIETEN, BEFRISTETE VERTRÄGE. Das Geld der gemeinnützigen Studierendenwohnheime wird in den nächsten Jahren noch knapper werden, aber schon jetzt hätten einige Heime Sanierungen dringend nötig. Im Herbst 2009 zog sie Lisa in ein Wohnheim in Wien Josefstadt. Dort wohnte sie um 224 Euro in einem „Mini-Doppelzimmer“. Internet musste sie extra bezahlen. „Das war für mich wirklich eine schlimme Zeit. Ich habe in einem ziemlich heruntergekommenen Zimmer gelebt, eingepfercht auf engstem Raum mit einer wildfremden Person. Die Gemein-

schaft war zwar nicht schlecht dort, aber es war alles alt, dreckig und ziemlich trist“, schildert die heute 21-Jährige. Sobald wie möglich zog Lisa aus und suchte sich ein neues Heim. Dort gab es mehr Platz und nach kurzer Wartezeit auch ein Einzelzimmer. Auf Dauer war das für sie trotzdem nicht die ideale Wohnlösung. „Irgendwann konnte ich diese Einheitsbrei-Möbel nicht mehr sehen und irgendwann nervt es auch einfach nur noch, beim Kochen immer alles sofort wegräumen zu müssen“, erklärt die Journalismus-Studentin. Heute wohnt sie mit zwei anderen Studentinnen in einer Wohngemeinschaft in Wien Alsergrund. „Ich habe mich so gefreut, als ich das erste Bild an die Wand genagelt habe“, erinnert sie sich. Mit Strom und Gas kommt sie für ein 18 Quadratmeter großes Zimmer auf Mietkosten von rund 350 Euro. Etwa ein Viertel der österreichischen Studierenden teilt sich laut Sozialerhebung die Wohnungskosten mit anderen und lebt in einer WG.

Das käme auch für Manuel in Frage. Seit zwei Jahren sucht er in Wien eine Wohnung. Noch lebt der Biologiestudent bei seinen Eltern. „Sobald ich etwas Leistbares finde, bin ich weg“, meint der 20-Jährige. Bei der WG-Suche scheiterte es oft an der Lage oder an hohen Preisen für kleine Zimmer. Denn immer mehr Menschen leben in Österreichs Städten, oft in Einzelhaushalten. Dagegen werden viel zu wenige Neubauten errichtet, warnen etwa Wohnbaugesellschaften wie die BUWOG. Das schafft ein Platzproblem. Laut den Berechnungen der Plattform *immobilien.net* steigen die Preise am stärksten in den Ballungsräumen, neben Wien wird so etwa auch der oberösterreichische Zentralraum Linz-Wels-Steyr immer teurer. Absoluter Spitzenreiter in Sachen Mietpreise bleibt allerdings Innsbruck. Die größten Mietsteigerungen gibt es bei privaten VermieterInnen, wobei der Trend auch in Richtung befristeter Verträge geht. Diese Erfahrung hat auch Manuel gemacht. Als er zu Freunden in eine WG ziehen wollte, verlängerte der Vermieter den Vertrag nicht wie mündlich versprochen um weitere drei Jahre. Die zwei Studenten mussten ausziehen und Manuel seine Kartons wieder auspacken.

Barbara Wakolbinger lebt und arbeitet als freie Journalistin in Wien.

Foto: redcross.eu



TÄGLICH FÜNF TOTE

Seit 1993 trägt das europaweite Netzwerk gegen Rassismus und Diskriminierung *United* alle Todesmeldungen von Flüchtlingen an den EU-Grenzen aus Medienquellen zusammen. Bis zum Juni 2012 verzeichneten sie 16.264 Menschen, die durch die europäische Migrations- und Grenzpolitik umgekommen sind. Zum Vergleich: Der Eiserner Vorhang kostete in den Todesstreifen zwischen der DDR sowie der Tschechoslowakei und dem Westen 1121 Flüchtlingen das Leben. (EJ)

Foto: www.latinorebels.com



GEFESSELTE JUSTIZ

Der Prozess gegen den Ex-Präsidenten von Guatemala, Efraín Ríos Montt, wegen Massakern an der Maya-Bevölkerung, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes ausgesetzt. Laut Angaben des amerikanischen Journalisten Allan Nairn geschah dies auf Druck des amtierenden Präsidenten Otto Pérez Molina, der laut Aussage eines Zeugen selbst Massaker befohlen haben soll. Es ist dies der erste Prozess weltweit, in dem ein früherer Machthaber von der heimischen Justiz wegen Völkermordes angeklagt wird. (EJ)

Foto: img.protothema.gr



MODERNE SKLAVEN

Im griechischen Ort Manolada protestierten etwa 200, vorwiegend aus Bangladesch stammende, Saisonarbeiter auf einer Erdbeerplantage, um ihren seit sechs Monaten ausstehenden Lohn einzufordern. Daraufhin schossen drei bewaffnete Vorarbeiter in die Menge und fügten circa 30 Arbeitern schwere Verletzungen zu. Gegenüber dem griechischen Sender *Skai TV* gaben die Arbeiter an, dass man ihnen einen Lohn von 22 Euro pro Tag versprochen habe, ihnen bis jetzt aber bis zu 1000 Euro schuldig geblieben sei. (EJ)

Grafik: basicincome2013.eu



GRUNDEINKOMMEN

Am 14. Jänner 2013 startete eine Europäische Bürgerinitiative zum Grundeinkommen. Innerhalb eines Jahres sollen mindestens eine Million Unterschriften in der Hälfte aller Mitgliedsstaaten gesammelt werden, um das Anliegen vor die EU-Kommission zu bringen. Die Initiative fordert ein Grundeinkommen, das mindestens der Armutsgrenze entspricht – in Österreich 1066 Euro für Alleinstehende. Dieses Grundeinkommen soll an jede Person unabhängig von Alter, Abstammung und Beruf ausbezahlt werden. (EJ)

Foto: AFP Photo / Cris Bouroncle



TÖDLICHE WAFFEN

Im Jahr 1995 kamen in der Frauenklinik von Basra im Südirak durchschnittlich 1,5 von 1000 Kindern mit Missbildungen zur Welt. 2003 waren bereits 37 von 1000 Neugeborenen betroffen. In den Haaren der Kinder konnten stark erhöhte Konzentrationen von Uran, Blei und Quecksilber nachgewiesen werden, was von ExpertInnen auf von den USA benutzte Waffen zurückgeführt wird. Auch die Krebsrate stieg im Irak zwischen 1991 und 2011 um ein 40-Faches. (EJ)

Grafik: Archiv



NEUBEGINN

In der jemenitischen Hauptstadt Sanaa eröffneten 500 politische VertreterInnen den Nationalen Dialog, im Zuge dessen eine neue Verfassung ausgearbeitet und die ersten freien Parlamentswahlen im Februar 2014 vorbereitet werden sollen. Die größte Herausforderung ist die politische und wirtschaftliche Integration des südlichen Landesteils, der bis 1990 ein unabhängiger Staat war. Der frühere Präsident Ali Abdullah Salih war Ende 2011 nach massiven Protesten der Bevölkerung zurückgetreten. (EJ)

dossier

Politik, die wirkt

Die ÖH aus verschiedenen Blickwinkeln

AMTLICHER STIMMZettel
Für die Wahl des Bundespräsidenten am 1. März 2010
Stimmzettel Nr. 1

MANZHEIMERTER HEINZ, 1946	<input type="radio"/>
REITL WILF, 1948	<input type="radio"/>
WEIDINGER PETER, 1977	<input type="radio"/>
SCHAUTZER EDUARD, 1958	<input type="radio"/>
Ing. TRUPPE FERDINAND, 1915	<input type="radio"/>
WARIMUTH HILFRIED, 1952	<input type="radio"/>

Die ÖH – Beleuchtet von fünf Seiten

Was?

Die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) vertritt alle Studierenden Österreichs, die eine staatliche Hochschule besuchen. Das sind über 310.000 Studierende an Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.

Die ÖH ist auf verschiedenen Ebenen aktiv: Einerseits vertritt sie die Interessen der Studierenden des jeweiligen Faches in der **Studien(gangs)vertretung**, in der **Universitätsvertretung** gegenüber dem Rektorat und in der **Bundesvertretung** gegenüber dem Wissenschaftsministerium.

Das Gremium der **Bundesvertretung** (BV) setzt sich derzeit aus 96 MandatarInnen zusammen. Diese Anzahl ändert sich von Wahl zu Wahl und hängt von der Studierendenanzahl und von der Anzahl der zugelassenen Listenverbände, auf deren Grundlage sich die Mandatsstärke berechnet, ab. Die MandatarInnen der BV wählen die ReferentInnen der ÖH und entscheiden über das Budget sowie die politische Ausrichtung und Themensetzung der ÖH.

Wie?

In Österreich verwaltet sich die Studierendenvertretung selbst. Basis dafür sind eine demokratische Organisation und eine gesicherte finanzielle Lage durch die ÖH-Mitgliedschaft aller Studierenden. Letztere haben durch ihre Mitgliedschaft Anspruch auf viele Serviceleistungen – wie zum Beispiel die ÖH-Versicherung.

Wer?

Das **Vorsitzteam** der aktuellen Exekutivperiode bilden Martin Schott (Vorsitzender), Angelika Gruber (Stellvertretende Vorsitzende), Janine Wulz (Zweite stellvertretende Vorsitzende) und Christoph Huber (Generalsekretär).

Die ÖH hat viele Aufgabenbereiche: Die Arbeitsbereiche, sogenannte **Referate**, sind Organisationseinheiten, die sich mit verschiedenen Themenbereichen auseinandersetzen. Dazu zählen unter anderem das Referat für Bildungspolitik, das Referat für Internationale Angelegenheiten, das Referat für ausländische Studierende, das Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik, das feministische Referat sowie das Öffentlichkeitsreferat, zu dem auch das *progress* gehört. Innerhalb der ÖH-Bundesvertretung wird die Arbeit am Inter-Referatstreffen koordiniert und diskutiert.

Aktuelle Projekte – Eine kleine Auswahl

Neben dem Alltagsgeschäft der ÖH wurde im Laufe der letzten beiden Jahre eine Vielzahl größerer Projekte realisiert – hier eine kleine Auswahl:

Durch die Einrichtung eines **Sonderprojekttopfes** bekommen alle Studierenden die Möglichkeit, ihre eigenen Projekte durch finanzielle Unterstützung zu realisieren. Der sogenannte **Sozialfonds** bietet etwa finanzielle Unterstützung für Studierende in Notlagen.

Die ÖH trat – beispielsweise im Zuge der **Kampagne lasstunsstudieren.at** – für einen offenen Hochschulzugang ein, der Studierenden die freie Studien- und Berufswahl ermöglichen soll.

Mit dem **Projekt Forum Hochschule** hat die ÖH einen umfassenden Hochschulplan entwickelt, der alle Problemlagen der österreichischen Hochschulpolitik anspricht und konkrete Lösungen dafür anbietet.

Im Zuge des **Projekts Hochschulen im Nationalsozialismus** wurden Teile der NS-Vergangenheit österreichischer Hochschulen aufgearbeitet und aufgezeigt. ProjektteilnehmerInnen sind Studierende, Lehrende und sonstige Angehörige der Hochschulen.

Die Geschichte der ÖH

Demokratische Strukturen, Mitbestimmung, die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung eines Stipendiensystems – all das wurde von den Studierenden über Jahrhunderte erkämpft. Erst verschiedenste Protestbewegungen und gesetzliche Änderungen haben die ÖH zu dem gemacht, was sie jetzt ist – eine demokratisch organisierte Vertretung für alle Studierenden.

1365 Gründung der Universität Wien.

1896/1910 Erste Versuche der Gründung einer allgemeinen Studentenvertretung.

1918 Gründung von Burschenschaften, katholischen Organisationen und dem Bündnis *Deutschbürgerliche Studentenschaft*. Frauen, Juden und Jüdinnen sowie Linksorientierte wurden jedoch diskriminiert und ausgeschlossen.

1931 waren bei den Wahlen von 10.939 Studierenden der Universität Wien 2654 vom Wahlrecht ausgeschlossen.

1945 Erstmalige Schaffung einer demokratischen Interessensvertretung: die Österreichische HochschülerInnenschaft.

19. November 1946 – Die ersten ÖH-Wahlen

1950 Die gesetzliche Verankerung der ÖH

1952 Die Österreichische HochschülerInnenschaft organisiert einen Sitzstreik gegen die Erhöhung der Studiengebühren.

1963 wird das erste Studienbeihilfen-Gesetz eingeführt. Das bedeutet, dass die Studierenden einen Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung bei sozialer Bedürftigkeit haben.

1966 Das Allgemeine Hochschulstudiengesetz (AHStG) wird eingeführt. Es regelt das Studien- und Prüfungswesen an den wissenschaftlichen Hochschulen.

1972 Studiengebühren werden abgeschafft.

1973 Das ÖH-Gesetz wird demokratischer, die ÖH wird auf Studienrichtungsebene ausgeweitet.

1975 wird durch das Universitätsorganisationsgesetz (UOG 75) studentische Mitbestimmung auf allen universitären Ebenen möglich.

1984 wird die ÖH hinsichtlich der Umweltschutzbewegung gegen Wasserkraftwerke in der Hainburger Au aktiv.

1987 Studierendendemonstrationen mit ca. 40.000 TeilnehmerInnen finden u.a. gegen Kürzungen der Familienbeihilfe statt.

1993 bringt das Universitätsorganisationsgesetz

Einschränkungen der Mitbestimmung der StudentInnen.

1995 Agnes Berlakovich wird die erste weibliche ÖH-Vorsitzende.

1998 Das ÖH-Gesetz wird geändert, Studierende der Pädagogischen Akademien werden Mitglieder der ÖH.

2000 Studiengebühren werden unter der schwarz-blauen Regierung wieder eingeführt. Als Folge gehen 50.000 Menschen in Wien auf die Straße und demonstrieren.

2002 25.000 Menschen protestieren allein in Wien gegen die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der StudentInnen.

2004 wird von der ÖVP und der FPÖ das HochschülerInnenschaftsgesetz geändert. Die Direktwahl der Bundesvertretung wird abgeschafft und ein indirektes Wahlsystem für die Bundesvertretung eingeführt.

2007 Die Fachhochschulen werden Teil der ÖH.

2009 Das Audimax der Universität Wien wird von Studierenden besetzt. In den darauffolgenden Monaten breitet sich der Protest europaweit aus. Die meisten Teile der ÖH unterstützen die Bildungsproteste aktiv.

Mara Malischnig studiert Betriebswirtschaft in Wien.

Gebt den WählerInnen die Chance, die ÖH abzustrafen!

Eine Rückkehr zur Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung ist aus vielen Gründen mehr als überfällig. Dass sie aus rein machttaktischen Überlegungen blockiert wird, ist eine Schande.

Egal welche politische Entscheidung die Studierenden bei der nahenden ÖH-Wahl auch treffen mögen – eine Debatte wird uns, so viel scheint sicher, auch in diesem Jahr nicht erspart bleiben: Es ist jene über die (zu) niedrige Wahlbeteiligung. Zu verdanken ist die im Zwei-Jahres-Rhythmus wiederkehrende Diskussion den SkeptikerInnen einer gesetzlich verankerten Studierendenvertretung; sie nutzen diese mit Leidenschaft dazu, der ÖH ein Legitimationsproblem anzudichten. Zielführend ist die Debatte freilich nicht. Das stört aber niemanden. Bekanntermaßen ist Lösungsorientierung im politischen Diskurs in Österreich schon lange keine Kategorie mehr.

Wesentlich wertvoller wäre eine andere Diskussion, mit der obige kausal eng verknüpft ist. Und zwar jene über die längst überfällige Rückkehr zu der im Jahr 2005 abgeschafften Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung. Seit 2005 ist es den Studierenden nicht mehr gestattet, ihr oberstes Vertretungsgremium direkt zu wählen. Stattdessen wird dieses von den 21 direkt gewählten Universitätsvertretungen nur noch beschickt. Welchen Sinn dieses System hat, ist schwer zu erklären. Was vor allem daran liegt, dass es keinen hat. Die Abschaffung der Direktwahl war nicht viel mehr als ein (gelungener) Coup der schwarz-blauen Regierung – vor allem zur Schwächung der linken ÖH-Fraktionen.

VERZERRUNGEN. Die Argumente gegen das bestehende Wahlrecht sind zahlreich. Und man muss kein übereifriger Politikwissenschaftsstudent sein, um die offensichtlichen demokratiepolitischen Mängel der Regelung zu erkennen. Dass durch das eher komplizierte System, nach dem die Bundes-ÖH derzeit bestellt wird, nicht jede Stimme von jeder Uni gleich viel wert ist – es quasi zu Verzerrungen kommt, ist nur einer dieser Mängel.

Ein anderer ist, dass den Studierenden derzeit die Chance genommen wird, die Exekutive der Bundes-ÖH für ihre Leistungen an der Spitze der Institution durch eine direkte Wiederwahl zu belohnen – oder aber sie für ihre Verfehlungen abzuwählen. Dass dies nur indirekt über die Wahlentscheidung für die jeweils eigene Universitätsvertretung geht, ist so, als müsste man – wagen wir an dieser Stelle einen Vergleich – bei der Landtagswahl eine Proteststimme abgeben, um die Bundesregierung abzustrafen.

Wer nun meint, der Vergleich hinke, dem sei gesagt, dass Vergleiche dies meistens tun. In der Sache ist

er aber richtig: Denn die Universitätsvertretungen haben einen ganz anderen Auftrag zu erfüllen als die Bundes-ÖH. Eine Verquickung der Wahl beider Institutionen ist deshalb schlicht unzulässig. Während den Universitätsvertretungen (wie auch den Studienrichtungs- und den Fakultätsvertretungen) die Aufgabe zukommt, die Studierenden in ihrem Studienalltag zu servicieren und zu beraten sowie gegenüber den Rektoraten Stellung zu beziehen, hat die Bundesvertretung die bildungs- und gesellschaftspolitischen Interessen der Studierenden im Widerstreit mit der Politik – in erster Linie dem Wissenschaftsministerium – zu wahren.

MACHTPOLITIK. Mit dieser Feststellung ist indirekt auch schon erklärt, warum wir bis heute nicht zur Direktwahl zurückgekehrt sind, obwohl dies alle ÖH-Fraktionen mit Ausnahme einer einzigen wünschen: Quer legen sich ausgerechnet die ÖVP-Studierenden der *Aktionsgemeinschaft (AG)*. Dass sie am bestehenden Modus festhalten wollen, ist aus machttaktischen Überlegungen heraus verständlich. Die AG, die sich in erster Linie auf das fehlerfreie Kopieren von Skripten versteht, weniger aber auf Bildungs- und schon gar nicht auf Gesellschaftspolitik, zieht aus der geltenden Wahlordnung einen Gutteil ihrer Stärke. Aufgrund ihres durchwegs guten Service, wählen sie viele Studierende in die Universitätsvertretung – und damit eben auch indirekt (und vielleicht unfreiwillig) in die Bundesvertretung. Bei einer Direktwahl wäre das wohl anders, denn abgesehen von regelmäßigem Applaus für den parteieigenen Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle, hat die AG auf Bundesebene derzeit nur wenig zu bieten. (Wer sich als Studierender Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren wünscht, möge sich – nur ein Tipp – an dieser Stelle lieber das wesentlich mutigere und kantigere Programm der JuLis zu Gemüte führen.)

Der Wissenschaftsminister ist es dann auch, mit dem die AG eine unheilige Allianz eingegangen ist, um ihre Stimmenanteile zu sichern. Obwohl er ursprünglich Zustimmung zur Wahlrechtsreform signalisiert hatte, verwehrt Töchterle Ende vergangenen Jahres schließlich das nötige Placet zu einer neuen Wahlordnung und schützte damit die AG. Würde man Töchterles damaligen Hinweis tatsächlich ernst nehmen, dass er der Reform nur nicht zustimmen könne, weil die Studierenden sich nicht „einstimmig“ für ebendiese ausgesprochen „hätten“, müsste man sich übrigens Sorgen um sein Demokratieverständnis machen.

Dass Töchterle im Vorfeld von seinem Ministerium die Auswirkungen der Direktwahl auf die Mandatsverteilung errechnen ließ und die Ergebnisse der AG zur Verfügung stellte, sollte ihm bis heute peinlich sein. Die AG dankt es Töchterle, indem sie sich im Wahlkampf nun zu der Forderung aufgeschwungen hat, die ÖH solle Projekte in der Höhe von mehr als 100.000 Euro künftig von besagtem Minister absegnen lassen. Mit unabhängiger Interessenvertretung hätte das nichts mehr zu tun.

Passieren müsste aber das Gegenteil: Die ÖH-Bundesvertretung ist durch die Rückkehr zur Direktwahl – und damit zu einem direkten Mandat ihrer Studierenden – weiter zu stärken. Nur so kann die ÖH jene Verhandlungsmacht für sich beanspruchen, die sie mangels aktiver Gestaltungsmacht so dringend braucht. Dass die Studierenden auf Uni- und auf Bundesebene künftig verschiedene Fraktionen wählen können und dies auch tun, ist mehr als wünschenswert.

UNTERSCHIEDLICHE WAHLSYSTEME. Auch für die zahlreichen Studierenden an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen wäre eine Direktwahl der Bundes-ÖH ein Fortschritt. Derzeit sind die beiden Institutionen paradoxerweise mit anderen Wahlsystemen ausgestattet als die Unis. Es herrscht dort Personen- und nicht Listenwahl; die KandidatInnen werden für ein Jahr bestimmt, nicht für zwei. Die parteipolitisch gefärbten Fraktionen kandidieren nicht in jener Form, in der sie das an den Unis tun. Umso wichtiger wäre es für FH- und PH-Studierende, zumindest auf Bundesebene ihren politischen Willen klar zum Ausdruck bringen zu können. Und dieser hat, wie oben erläutert, mit den Servicebedürfnissen an der eigenen Institution nur sehr bedingt etwas zu tun.

Gefordert sind nun der Wissenschaftsminister wie auch die ÖH-Fraktionen selbst: Sollte ihnen allen etwas an einer ernst zu nehmenden Studierendenvertretung, für deren Wahl sich die Vertretenen auch begeistern können, liegen, müssen sie rasch einen erneuten Anlauf zur Reform der Wahlordnung nehmen. Im besten Fall ersparen wir uns damit im Juni 2015 vielleicht erstmals auch die Debatte über die niedrige Wahlbeteiligung. Es wäre wohlthuend.

Christoph Schwarz ist Bildungs-Ressortleiter der Tageszeitung Die Presse.

„Unser Veränderungsdrang wird sich nicht abstellen lassen“

Vom 14. bis 16. Mai finden die ÖH-Wahlen statt. Im Gespräch mit *progress* ziehen Martin Schott (FLÖ), Angelika Gruber (VSStÖ), Janine Wulz (GRAS) und Christoph Huber (FEST) vom Vorsitz-Team Bilanz über die vergangenen zwei Jahre.

progress: Ihr müsst bald das Feld für die neue Exekutive räumen. Was waren für euch die schönsten und schwierigsten Momente der vergangenen zwei Jahre?

Gruber: Einer der schönsten Momente für mich war, als wir das *Forum Hochschule* (Alternativer Hochschulplan, Anm. d. Red.) fertig hatten und präsentieren durften.

Wulz: Für mich war der vergangene Frühling schwierig, als es harte Angriffe gegen mich gegeben hat (Anm. d. Red.: im Zuge der Diskussion um das Café Rosa). Am schönsten fand ich die Begeisterung der Studierenden, die bei ÖH-Projekten wie *Hochschulen im Nationalsozialismus* mitgewirkt haben.

Schott: Schönster Moment war, als ich gewählt wurde. Am meisten enttäuscht hat mich der verlorene Kampf für die Wiedereinführung der Direktwahl.

Huber: Ich bin ja erst seit Dezember im Vorsitz-Team. Mich freut vor allem zu sehen, dass es eine nächste Generation von Menschen gibt, die motiviert und mit Elan dabei ist.

Die Beteiligung an den ÖH-Wahlen ist mit rund 30 Prozent immer sehr gering. Denkt ihr, dass die ÖH als Interessensvertretung der Studierenden dennoch legitim ist?

Schott: Die Wahlbeteiligung ist definitiv zu gering. Trotzdem gibt es Unis und Standorte, wo viele Studierende wählen. Das hängt wahrscheinlich mit der ÖH-Arbeit vor Ort zusammen und damit, was die Studierenden von der

ÖH mitbekommen. Es gibt auch Standorte, die sich einigeln und ein bisschen Angst vor den Studierenden haben. Die wollen sich dann hauptsächlich selbst erhalten und lassen nicht alle mitmachen, die wollen. Wenn Studierende das Gefühl haben, dass die ÖH etwas Elitäres und Abgehobenes ist, dann wird bei ihnen nichts ankommen.

Wulz: Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass es – im internationalen Kontext betrachtet, fast nirgends eine so stark verankerte Studierendenvertretung gibt wie in Österreich. Für uns selbstverständliche Dinge, wie beispielsweise, dass wir Stellungnahmen zu Gesetzen schreiben und ein Stimmrecht im Senat haben, müssen sich andere StudierendenvertreterInnen in Europa erst mühsam erkämpfen.

Huber: Problematisch ist, dass es eine ÖH nach drei Gesetzen gibt. Unis, FHs und PHs werden jeweils separat geregelt. Hier müsste der Gesetzgeber handeln und ein einheitliches Gesetz schaffen.

Bei *Forum Hochschule* hat die ÖH ein alternatives Konzept für den Hochschulplan entworfen und dabei auch komplexe Formeln zur Errechnung des Finanzbedarfs der Hochschulen erarbeitet. Eva Blimlinger, Rektorin der Akademie der bildenden Künste, hat in einem Interview mit *derStandard.at* den Ansatz der ÖH als ökonomistisch und zu wenig visionär bezeichnet. Wie seht ihr das?

Gruber: Der ÖH wird immer Utopie und Realitätsferne vorgeworfen. Mit

diesem Konzept haben wir das Gegenteil bewiesen. Gerade wenn es um die Finanzierungsfrage geht, bin ich zutiefst von diesem Modell überzeugt. In einer Budgetierung braucht es Transparenz.

Wulz: Die Kritik richtet sich weniger an das Modell an sich, sondern wirft die Frage auf, wie viel Realpolitik eine ÖH machen muss. Natürlich kann man als ÖH ein Bildungssystem fordern, das grundsätzlich anders ist. Das ist bei *Forum Hochschule* in allen anderen Kapiteln ja auch passiert. Für uns ist es notwendig, etwas auf den Tisch legen zu können, das jetzt umsetzbar ist. Das soll aber nicht heißen, dass wir nicht genauso Ideen haben, wie eine utopische Uni in 100 Jahren aussehen könnte.

Gruber: Aber auch die beste Utopie kommt nicht ohne Geld aus. Ich finde unsere Forderung, dass sich das Budget nach den Studierenden richtet und mitwächst, sehr visionär.

Wie wahrscheinlich ist es, dass die nächste Exekutive wieder in dieser Konstellation zusammenarbeitet? Gibt es Fraktionen, mit denen ihr eine Koalition ausschließt?

Huber: Eine Zusammenarbeit mit dem RFS wird von uns allen ausgeschlossen. Meiner Einschätzung nach kann es nach der Wahl in dieser Konstellation weitergehen. Eine Alternative wäre, dass eine der vier Fraktionen mit der AG koalitiert. Die hat aber aus meiner Sicht in den letzten zwei Jahren nicht mit Verlässlichkeit gepunktet.

Schott: Das ist Sache meiner NachfolgerInnen. Außer dem RFS werden wir aber nach der Wahl niemanden von Gesprächen ausschließen. Dass es mit der AG in puncto Zugangsbeschränkungen schwierig werden kann, ist kein Geheimnis. Andererseits gibt es eine Koalition mit der AG an einem lokalen Standort.

Wulz: Ich empfehle meinen NachfolgerInnen, in einer ähnlichen Konstellation weiterzuarbeiten. Die vier Fraktionen haben in den vergangenen zwei Jahren für einen freien Hochschulzugang und soziale Absicherung gekämpft. Es gibt einen breiten Konsens darüber, wofür die ÖH stehen muss. Die AG hingegen arbeitet in Richtung einer elitären Hochschule. Damit ist für mich vollkommen klar, dass es mit der AG niemals möglich sein wird, inhaltlich gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Ab dem Wintersemester müssen viele Studierende – darunter zum Beispiel ausländische Studierende – wieder Studiengebühren bezahlen. Durch den Beschluss der Studienplatzfinanzierung wird in 28 Studienfächern die Mindestzahl der StudienanfängerInnen gesetzlich festgelegt. Was sagt ihr zu diesen Maßnahmen?

Wulz: Wären wir nicht zum Verfassungsgerichtshof gegangen und hätten mit einer Klage über eine Million Euro gedroht, wäre es viel schlimmer gewesen. Ginge es nach Töchterles Plan, hätten wir flächendeckende Studiengebühren von mindestens 500 Euro für alle Studierenden und Zugangs-



Foto: Luiza Puu

beschränkungen an allen Unis. Mit der Salami-Taktik, die diese Regierung angewandt hat, wurden einige Verschlechterungen nach und nach beschlossen, aber das Worst-Case-Szenario konnte verhindert werden.

Schott: Weder Zugangsbeschränkungen noch Studiengebühren sind wirklich eingeführt worden. Bei den Studiengebühren gilt nun wieder die gleiche Regelung wie zuvor. Dass ausländische Studierende doppelt bezahlen müssen, ist eine Katastrophe. Die Reform der Studienplatzfinanzierung findet außer der Regierung niemand gut. Wir haben versucht, unser Angebot von Konzepten lautstark zu kommunizieren. Offensichtlich aus Angst vor unserer Kompetenz ist das Ministerium daran aber nicht interessiert.

Was wird eurer Prognose nach bildungspolitisch in den nächsten Jahren in Österreich passieren?

Wulz: Das hängt davon ab, was politisch passiert. Existiert weiterhin ein ÖVP-Wissenschaftsministerium, kann es nur schlimmer werden. Vor allem seit dem Universitätsgesetz 2002 wurden die Mitsprachemöglichkeiten für Studierende zurückgedrängt, die Familienbeihilfe gekürzt, die Studieneingangs- und Orientierungsphase eingeführt und die Zugangshürden verschärft. Es wurden im Halbjahrestakt Verschlechterungen beschlossen, die dazu dienen, möglichst viele Menschen aus den Hochschulen auszuschließen.

Schott: Ich glaube noch immer daran, dass die Politik irgendwann einsehen

wird, dass im Hochschulraum – egal mit welchem System – mehr Geld benötigt wird.

Seid ihr traurig oder froh darüber, dass die Exekutivperiode bald vorbei ist?

Gruber: Es war sehr viel Arbeit, aber auch eine tolle Erfahrung. Ich freue mich aber schon darauf, wieder Vollzeitstudierende zu sein und mein Studium beenden zu können.

Wulz: Es ist beides. Wir haben jetzt zwei Jahre durchgearbeitet und es ist an der Zeit, einmal eine Pause einzulegen und etwas anderes zu machen. Wenn ich mir aber vorstelle, dass dieser Lebensabschnitt nun vorbei ist, bin ich schon auch ein bisschen traurig.

Huber: Hier arbeiten über 80 Leute ehrenamtlich. Da findet man Freunde, die man fast jeden Tag sieht. Von heute auf morgen aufzuhören, ist dann ein Abschied mit einem weinenden Auge.

Schott: Ich freue mich auf ein Leben mit weniger Geschwindigkeit und darauf, nicht immer sofort zu allem etwas sagen können zu müssen.

Wulz: Ich freue mich darauf, mein Handy wieder auszuschalten (Zustimmung und Gelächter von allen).

Was möchtet ihr euren NachfolgerInnen mit auf den Weg geben?

Gruber: Einen langen Atem (lacht).

Wulz: Nicht zu vergessen, für wen sie das machen. Man ist in der Bundesvertretung oft auf einer Ebene, die von einzelnen Leuten ziemlich weit

weg ist. Trotzdem sollte man sich vor Augen halten, dass es darum geht, dass jeder Einzelne studieren kann. Oder, dass eine einzelne Person eine Prüfung angerechnet bekommt, mit der sie ihren Abschluss machen kann.

Strebt jemand von euch eine Karriere in der Politik an?

Wulz: Ich werde mein Leben lang politisch aktiv bleiben, denn das war ich auch, bevor ich in der ÖH war. Ich bin mir aber nicht sicher, ob ich mir das jemals wieder antun werde, in so einer Funktion zu leben und damit auf vieles andere zu verzichten.

Gruber: Der Veränderungsdrang wird sich bei uns vier nicht abstellen lassen. Es ist wirklich toll, wenn ein eigener Vorschlag mit ins Gesetz aufgenommen wird – und sei es nur eine Kleinigkeit. Es ist wichtig, dass junge Menschen nicht verdrossen aus der ÖH rausgehen und denken, dass Politik anstrengend ist, sondern sehen, dass Politik wirkt.

Die Aktionsgemeinschaft hat vor kurzem gefordert, ÖH-Ausgaben über 100.000 Euro vom Wissenschaftsministerium kontrollieren zu lassen. Was haltet ihr davon?

Huber: Wenn man überlegt, dass die ÖH eine verankerte Körperschaft ist, die sowieso schon interne Aufsichtsgremien und Grenzen hat und Beschlüsse auf verschiedenen Ebenen braucht, ist diese Forderung komplett wahnsinnig. Man müsste dann immer den politischen Gegenspieler anbet-

eln, um Geld ausgeben zu dürfen.

Gruber: Ich finde es gefährlich für eine Interessensvertretung, die schlagkräftig agieren soll. Das ist wie eine Zwangsjacke für sich selbst. Man wird handlungsunfähig, wenn der Minister, den man in vielen Situationen kritisiert, der Kritik zustimmen müsste. Außerdem schießt die Forderung am Ziel vorbei: Schon jetzt müssen alle Rechtsgeschäfte über rund 7000 Euro im Wirtschaftsausschuss, in dem sowieso alle Fraktionen mit Klubstatus vertreten sind, beschlossen werden. Die Kontrolle ist also schon gegeben – auch die durch die politische Gegnerin.

Schott: Die Forderung ist eine Wahlkampforderung, die nicht sehr sauber formuliert ist. Die AG fordert eine Genehmigung von Rechtsgeschäften über 100.000 Euro. Außer der Überweisung von Studierendenbeiträgen an die lokalen Vertretungen gibt es aber auch jetzt keine Rechtsgeschäfte über 100.000 Euro. In Hinblick auf die Diskussion um das Café Rosa kommt die Forderung wahrscheinlich gut an. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir mit diesem offensichtlichen Misstrauen umgehen, denn es steckt nun einmal etwas dahinter. Es ist Aufgabe der ÖH, Geld so einzunehmen und auszugeben, dass niemand auf die Idee kommt, eine solche politische Forderung zu stellen.

Elisabeth Mittendorfer ist freie Journalistin in Wien.

Ähnlich wie beim Songcontest

Europäische Bildungspolitik gibt auf nationaler Ebene immer mehr den Ton an. Die *European Students' Union (ESU)* versucht als Studierendengremium die Interessen von elf Millionen Studierenden zu wahren und kämpft um mehr Mitspracherecht.

Diesmal schottet sie sich komplett ab. Das hat sich Tinja Zerzer für die eineinhalb Wochen vor ihren Prüfungen vorgenommen. Das Auslandssemester der Wienerin in Frankreich ist zeitaufwendig, die drei Prüfungen kommende Woche und die darauffolgende Hauptversammlung liegen ihr im Magen. Es ist Sonntag und die Volkswirtschaftsstudentin sitzt in der Nationalbibliothek in Paris und lernt. Außerdem ist dies der einzige Ort in ihrer Nähe mit funktionierendem WLAN-Zugang. Während andere vor ihren Büchern sitzen und pauken, muss Zerzer auch jetzt noch beruflich Mails beantworten und Skype-Konferenzen über EU-Politik führen. Die 22-Jährige begann ihr unipolitisches Engagement im Referat der Bundes-ÖH für internationale Angelegenheiten. Seit April setzt sie sich auf Europaebene für das selbe Anliegen ein, das die HochschülerInnenschaft auf nationaler Ebene verfolgt: qualitative Bildungspolitik. Als *Executive Committee* (EC)-Mitglied der *European Students' Union*, kurz ESU, vertritt sie als einzige Österreicherin die Interessen von über elf Millionen europäischen StudentInnen.

Die ESU ist der Dachverband von 47 nationalen Studierendenvertretungen aus 39 Ländern. Sie versucht, den bildungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Studierenden vor der Europäischen Union, dem Europarat und der UNESCO Platz einzuräumen. Das ist nicht immer einfach, schließlich wird in jedem Land das Studierendengremium anders organisiert. So ist die Situation der studentischen Mitbestimmung in Österreich anders als etwa in Weißrussland. Denn während hierzulande die BundeshochschülerInnenschaft durch Pflichtbeiträge als Körperschaft öffentlichen Rechts circa 2,5 Millionen Euro zur Verfügung hat, kämpft die Studierendenvertretung in Weißrussland ohne Budget im Untergrund gegen die politischen MachthaberInnen. „Wir versuchen so gut wie mög-

lich auf die einzelnen Nationalstaaten einzugehen und zu helfen, wo wir können“, sagt Zerzer, die als EC-Mitglied die Verantwortung für die politischen und finanziellen Entscheidungen der ESU trägt. Aktuell standen Mitglieder des Gremiums Seite an Seite mit hunderten DemonstrantInnen, die in Budapest aufgrund von geplanten Budgetkürzungen auf die Straße gingen. Zusammen mit der ungarischen Studierendenvertretung (HÖOK) erwägen sie jetzt, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzubringen. Und auch als 2009 das Wiener Audimax besetzt wurde, zeigte sich die ESU solidarisch und verschaffte der *unibrennt*-Bewegung international Rückenwind.

POLITISCHER AUFTRAG. Der Kampf um Bildung wird nicht mehr nur auf nationaler, sondern zunehmend auch auf internationaler und europäischer Ebene ausgetragen. Deswegen wird es unverzichtbar, auch die Kompetenzen der einzelnen nationalen StudentInnenorganisationen auf die europäische Gemeinschaftsorganisation zu übertragen. Geht es beispielsweise nach dem Europäischen Parlament und der Kommission, dann sollen beim Erasmus-Studienprogramm in den nächsten Jahren 150 Millionen Euro eingespart werden. Drei Millionen junge EuropäerInnen haben in den vergangenen 25 Jahren mit diesem Programm in einem anderen EU-Staat studiert. Der Rotstift soll dort angesetzt werden, wo es vor allem finanziell schwächere Studierende am härtesten trifft: bei den Erasmus-Stipendien. Zukünftig sollen diese durch ein Studienkreditsystem ersetzt werden. Das Geld soll nach dem Auslandsaufenthalt zurückgezahlt werden.

Der Dachverband ist aber nicht mit Lobbyunternehmen von Großkonzernen vergleichbar. Dafür hat die ESU zu wenig Geld zur Verfügung. Die finanziellen Mittel der ESU kommen aus den Finanztöpfen der einzelnen Studierendenvertretungen und aus

projektbezogenen Fördergeldern der EU. Mit 15.000 Euro zahlt Österreich zusammen mit Norwegen und Großbritannien den größten Beitrag. Insgesamt hat die ESU jährlich um die 160.000 Euro zur Verfügung. Da jedes Projekt einzeln finanziert wird, ist es laut Zerzer schwierig, in langfristige Projekte zu investieren. Auch das Nahverhältnis zur EU ist ein Kritikpunkt: Die ESU bekommt ihre finanziellen Mittel zum Teil von der EU und agiert somit inhaltlich nicht ganz unabhängig. Die ESU wird von der Europäischen Union in die meisten Gremien freiwillig eingebunden, ist aber im Gegensatz zur ÖH in keinem Gesetz verankert. Trotzdem war der Dachverband in seiner 31-jährigen Geschichte noch nie so einflussreich wie heute.

Vom Informationsbüro zur politischen Organisation 1982 agierte sie noch unter dem Namen *Western European Student Information Bureau* – mit dem Ziel, Studierende aus Großbritannien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Island und Österreich zu vernetzen. Nach dem Fall der Sowjetunion wurde sie ein Organ für alle Studierenden Europas. Seit ihrem 25-jährigen Jubiläum im Jahr 2007 heißt das Gremium *European Students' Union*. Die Beziehung Österreichs zur ESU war von Anfang an besonders eng: Bevor das Büro 2000 nach Brüssel zog, war es zwölf Jahre lang in Wien beheimatet.

Eines der wichtigsten Themen ist seit 2001 der Bologna-Prozess. Als Mitglied der Bologna Follow-Up Group ist die ESU mit der Umsetzung des europäischen Bologna-Prozesses vertraut. Im Rahmen der eher ökonomistisch orientierten EU-Aktivitäten bringt die ESU die Interessen der Studierenden und ihre sozialen und finanziellen Bedürfnisse auf überstaatlicher Ebene zur Diskussion – „Wir kämpfen für die Harmonisierung des europäischen Hochschulraums, um ihn einfacher und zugänglicher zu machen“, sagt Zerzer.

Die ESU ist in vier Hauptarbeitsgruppen geteilt, in denen jeweils Themen wie ECTS, Zugang zu Bildung, Zukunft und Gender erarbeitet und weiterentwickelt werden. Die Arbeitsgruppen führen Gespräche mit EntscheidungsträgerInnen, organisieren Diskussionsabende, schreiben Papers und vernetzen nationale UnipolitikerInnen. Die richtungsweisen Beschlüsse finden in den halbjährlichen Hauptversammlungen statt.

Jedes Land hat bei den Versammlungen zwei Stimmen zur Verfügung. Ähnlich wie beim *Eurovision Songcontest*, bilden sich bei den Versammlungen Blocks. So haben beispielsweise Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland und Litauen insgesamt weniger Studierende in ihren Ländern als etwa Polen, aber zusammen acht Mal mehr Stimmgewicht. Auch Zerzer sieht das Problem: „Die Blocks bilden sich nach demselben regionalen Muster wie in der restlichen europäischen Politik. Wir als junge Generation schaffen es noch immer nicht, darüber hinwegzukommen, beziehungsweise es besser zu machen.“

40 STUNDEN FÜR 300 EURO. Ein weiteres Manko ist die Dauer und Bezahlung der ESU-Mitarbeit selbst. Vorsitzende und EC-Mitglieder arbeiten nur für ein Jahr. Eine langfristige Planung ist deshalb nicht möglich. Notwendiges Know-how geht sehr schnell verloren. Es gibt nicht viele, die sich diesen Job freiwillig antun, sagte unlängst Karina Ufert, Vorsitzende der ESU, gegenüber *Universityworldnews* und sprach damit die prekäre Situation der ESU-MitarbeiterInnen an. Während die drei Vorsitzenden Vollzeit in einem Büro in Brüssel arbeiten, engagieren sich alle anderen neben ihrem Studium für das Gremium. Das bedeutet für Zerzer und ihre KollegInnen, für bis zu 40 Arbeitsstunden pro Woche monatlich eine Aufwandsentschädigung von 300 Euro zu bekommen. „Viele von uns sind rund um die Uhr online. Es gibt immer eine Kleinigkeit zu besprechen“, sagt Zerzer. Auch für ihr Studium sei das nicht immer ideal gewesen, sagt sie und erzählt von den VWL-Prüfungen, die sie vor, während oder nach wichtigen Sitzungen bestehen musste. Auch die letzte Hauptversammlung findet noch in ihrer Prüfungswoche statt. Diesmal versucht sie sich aber mehr Zeit für die Uni einzuräumen.

Während die ESU für manche Studierende lediglich Zwischenstation auf dem Weg in die Europapolitik ist, vergessen andere die Worte Freizeit und Feierabend und opfern ein Jahr für grenzüberwindende bildungspolitische Arbeit. Ob Zerzer weiter in der Bildungspolitik sein will? „Erstmal möchte ich wieder nach Wien zurückkehren. Aber wie heißt es so schön: Sag niemals nie.“

Elisabeth Gamperl studiert Kultur- und Sozialanthropologie in Wien.



Warum sich wählen gehen lohnt

Wahlaufrufe von Sieglinde Rosenberger, Mirjam Unger und Kurt Palm.

KNAPPE ERGEBNISSE

Die ÖH ist eine repräsentative Institution. Sie vertritt die Studierenden sowohl in hochschulpolitischen Fragen an den Universitäten und Fachhochschulen als auch gegenüber dem Wissenschaftsministerium. Zudem bringen sich ÖH-FunktionärInnen in gesellschaftspolitische Konflikte ein – in Konflikte, die nicht unmittelbar und direkt mit Universitäten und Fachhochschulen, aber mit Bildung und Ausbildung im weiteren Sinne zu tun haben.

Repräsentation ist also Vertretung, sie läuft aber auch auf Präsenz hinaus. Mittels Wahlen wird (maßgeblich) entschieden, wer in Gremien präsent ist, wessen Stimme direkt gehört wird und wessen Stimme von wem vertreten wird. Wer jene sind, die Anliegen und Interessen vertreten, ist keine unwesentliche Angelegenheit. Dies verdeutlichen

die Plakatwälder vor den Uni-Gebäuden, die vielen Flyer, die Studierende oft neugierig, aber auch widerwillig

entgegennehmen. Die mehr oder weniger provokanten Slogans, die lautstarke Versprechungen und Forderungen machen deutlich, dass sowohl die Stärke der ÖH in Gesprächen mit dem Wissenschaftsminister als auch die Stärke der Fraktionen vor Ort nicht unerheblich ist. Schließlich hängt die Legitimität, stellvertretend für Andere zu sprechen, ein Stück weit von der Wahlbeteiligung ab. Aber nicht nur die Legitimität, sondern auch die konkrete Interessenspolitik an den Universitäten und Fachhochschulen, hängt von der Zahl der abgegebenen Stimmen ab.

Die Beteiligung an den ÖH-Wahlen war in den letzten Jahren eher gering. Etwas zynisch gilt, je weniger zur Wahl gehen, desto gewichtiger ist jede einzelne Stimme. Tatsächlich passiert es immer öfter, dass äußerst wenige Stimmen ein Wahlergebnis grundsätzlich verändern – siehe etwa die Präsidentschaftswahl in den USA 2000, wo etwa 500 Stimmen zwischen George W. Bush und Al Gore entschieden haben, oder erst kürzlich in Kärnten, wo eine einzige Stimme den Ausschlag gegeben hat, dass ein Reststimmenmandat vom BZÖ zu den Grünen gewandert ist. Ähnlich knappe Ergebnisse dürfen wohl auch bei der kommenden ÖH-Wahl erwartet werden.

Sieglinde Rosenberger, Politologin

WER HEUTE NICHT WÄHLT, WIRD MORGEN GEQUÄLT

Stell dir vor, es ist Wahl und keiner geht hin. Okay, ich weiß, der Bart dieses Spruchs ist ungefähr so lange wie der von Billy Gibbons und Dusty Hill von der Band ZZ Top (Beer Drinkers and Hell Raisers; Arrested for Driving While Blind etc.), trotzdem könnte er aufgrund der Tatsache, dass bei den letzten ÖH-Wahlen nicht einmal mehr 30 Prozent der StudentInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, bald Wirklichkeit werden. Auf der einen Seite ist es verständlich, dass angesichts des Grauens, das sich in den Niederungen der Politik abspielt, viele Menschen von Wahlen nichts mehr wissen wollen, auf der anderen Seite stellt sich aber die Frage: Wem nützt es?

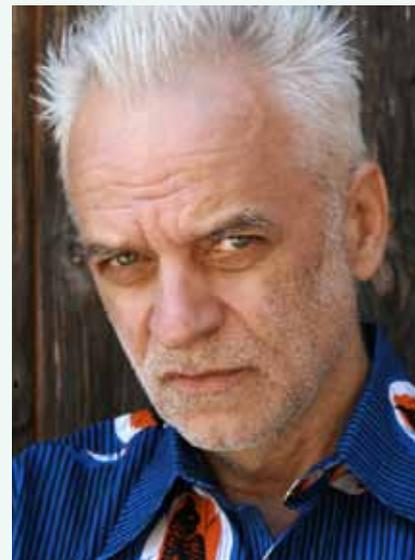
Tatsache ist, dass das Kapital, dem die etablierten Parteien ja nur noch als Stafage dienen, an einem demokratischen Meinungsbildungsprozess absolut kein Interesse hat. Wie sagte doch kürzlich der deutsche Finanzminister Schäuble, nachdem die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds das Zypern-Problem auf ihre Weise „gelöst“ hatten: „Eine Zustimmung des Parlaments in Nikosia ist nicht mehr nötig.“

Kein Wunder also, dass Wahlen immer mehr zu inhaltsleeren PR-Shows verkommen, wo einem oft nur noch die Wahl zwischen Pest und Cholera bleibt. Ein deutliches Indiz dafür ist ja auch das völlige Versagen der Sozialdemokratie und deren Kapitulation vor dem neoliberalen Wahnsinn, wodurch sich das Vakuum links von der Mitte in den letzten Jahren bedrohlich vergrößert hat.

Natürlich stellt sich in Anbetracht dieser bedenklichen Entwicklung die Frage, ob Wahlen überhaupt noch einen Sinn haben. Ich glaube, dass gerade die Geschichte der StudentInnenbewegung der letzten Jahrzehnte gezeigt hat, dass Wahlen vor allem dann einen Sinn haben, wenn sie als Teil des Widerstands verstanden und mit außerparlamentarischen Formen des Protests verknüpft werden. Ein Gremium wie die ÖH kann dabei eine wichtige Rolle spielen, weshalb deren Stärkung durch eine hohe Wahlbeteiligung zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung wäre. Über eine geringe Wahlbeteiligung würden sich vor allem jene freuen, die die Universitäten zu bloßen Ausbildungsstätten für kritiklose Befehlsempfänger degradieren wollen, weil sie dann nicht einmal mehr in den Gremien mit Widerstand rechnen müssten.

Und über eines sollte man sich auch im Klaren sein: Wer heute nicht wählt, wird morgen gequält.

Kurt Palm, Autor und Regisseur



MÖGLICHKEITEN ZUR VERBESSERUNG

Warum es sich lohnt, wählen zu gehen? Prinzipiell bin ich immer dafür, von der eigenen Stimme Gebrauch zu machen. Mit Demokratie kann ich mich an der Zivilgesellschaft beteiligen. Ich nehme jede Wahl wahr und gebe auch immer jemandem mein Kreuzchen. Weiß wählen ist nicht meins. Manchmal ist es die bessere Wahl, manchmal das kleinere Übel, denn die Chance, rechte Gruppierungen aufzuhalten, lasse ich mir zum Beispiel nicht nehmen und die Hoffnung auf die Möglichkeit von Verbesserung und Veränderung auch nicht. Gerade an der Universität kandidieren manchmal noch Menschen mit ungebrochenem Enthusiasmus und konkreten Ideen, die weiter gehen, als der Mainstream erdenkt und zulässt. Das ist ein Wahlrecht, von dem ich Gebrauch machen würde, es spricht nicht viel dagegen. Eher vieles dafür.



Mirjam Unger, Filmregisseurin

Fotos: privat

FEUILLETON



Das Geschäft mit dem Rechtsrock

Die Band *Frei.Wild* hat sich als Nachfolger der *Böhsen Onkelz* etabliert. Die Diskussionen darüber verharren dabei genauso in den 90ern wie die Gruppe selbst. Ein Kommentar.



Foto: Tanja Jenni

Frei.Wild ist eine Band aus Südtirol. In Südtirol ist das Leben nicht sonderlich hart. Mit einer verschwindend geringen Arbeitslosenrate und dem schönen Bergpanorama steht es um die SüdtirolerInnen nicht schlecht. Schwer vorstellbar, dass in diesem Idyll Jungmänner Höllenqualen erleiden mussten. Aber so muss es wohl der Band *Frei.Wild* ergangen sein – denn ihre Lieder zeugen von einer tiefen Verzweiflung und einem allzu harten Leben, das seit nunmehr zwölf Jahren eine lyrisch-musikalische Aufarbeitung erfährt. *Frei.Wild* wurde hierzulande aber nicht wegen der schweren Jugend der Bandmitglieder bekannt. Es war der Durchbruch in Deutsch-

land und der Widerstand von Seiten der deutschen Indie-Musikszene, die *Frei.Wild* auch in Österreich zum heiß diskutierten Kassenschlager werden ließ. Aber wie kam es dazu, dass eine Südtiroler Deutschrock-Kombo – plötzlich Schlagzeilen von der deutschen *Bild* bis hin zum österreichischen *Standard* macht?

ZWISCHEN POLITIK UND KOMMERZ. Skandalträchtig an *Frei.Wild* scheint vorrangig das rechte Gedankengut ihrer Musiker, insbesondere des Sängers Phillip Burger. Bevor *Frei.Wild* aus der Taufe gehoben wurde, war Burger nämlich rechtsradikaler Skinhead. Mit seiner früheren Band

Kaiserjäger hatte er noch ordinär rassistische Töne gespuckt, etwa in dem Lied „Selber schuld“. Zudem fand sich bei *Kaiserjäger* nationalistischer Lobgesang auf Burgers Heimat Südtirol. So heißt es etwa in dem Lied „Südtirol“: „Südtirol, du bist noch nicht verloren. In der Hölle sollen deine Feinde schmoren.“

Während letztgenanntes Lied auch den Weg ins *Frei.Wild*-Repertoire schaffte, distanziert sich Burgers neue Band öffentlichkeitswirksam vom Rassismus und der Neonazi-Szene. Zwar ging es bei *Kaiserjäger* laut Burger nur um „Liebe, Freundschaft und Alkohol“ und bis 2008 war er selbst

auch engagiertes Mitglied bei den Freiheitlichen, aber trotzdem spricht man bei *Frei.Wild* gerne von einem Bruch mit der Vergangenheit. Auf *Frei.Wild*-Konzerten lässt die Band nun auch mal „Nazis raus“ skandieren und Burger sagte kürzlich gegenüber der *Bild*-Zeitung, dass er Nazis aufs Tiefste verachte.

Textlich bleiben *Frei.Wild* aber der Ästhetik der frühen Tage treu. Ein „Ich“ scheint es bei *Frei.Wild* nicht zu geben, stattdessen dominiert das autoritäre Wir, welches sich in den Texten von *Frei.Wild* schon einmal in exzessiven Gewaltphantasien verliert. Neben ihrem Südtiroler Nationalismus

geht es in ihren Liedern unter anderem um die Selbststilisierung als die verfolgte Unschuld, die sich einem Heer von FeindInnen aus Politik und Medien gegenüber sieht. Dabei rutscht auch mal ein geschichtsrevisionistischer Vergleich heraus. Etwa wenn *Frei.Wild* Kritik an ihrem Song „Wir reiten in den Untergang“ mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus gleichsetzt.

Zu einem großen und oft von den Medien ignorierten Anteil verdanken *Frei.Wild* ihren Aufstieg neben rechten Anknüpfungspunkten aber auch der kapitalistischen Verwertungslogik der Musikindustrie. Im Konkreten: der Lücke, die mit dem Wegfall der Deutschrockband *Böhse Onkelz* 2005 am Musikmarkt hinterlassen wurde. Eine Marktlücke, die seither etliche Bands zu füllen versuchten. Sei es die rechte Hooliganband *Kategorie C* oder die eher linken *KrawallBrüder*. Allseits bemühte man sich, die lukrative Nachfolge der *Onkelz* anzutreten. Aber schließlich kam es nirgends zu so einem effektiven Zusammenspiel von Plattenindustrie und Selbstinszenierung wie bei *Frei.Wild*. In der aktuellen Ausgabe des Musikmagazins *Intro* berichtet die Band *Turbostaat* von Casting-artigen Szenarien bei der *Onkelz*-Nachfolgersuche, bei denen teils sogar nach der politischen Wertbarkeit sortiert wurde. So erzählt *Turbostaat*-Bassist Thomas Knopp: „Ich bin damals angesprochen worden, ob ich für Geld mir Bands angucken kann und zu recherchieren, sind die jetzt zu rechts für den Mainstream oder geht's vielleicht noch.“

DAS ERBE DER ONKELZ. Genauso wie einst die *Böhse Onkelz* pflegen *Frei.Wild* das Image der Underdogs. Geboten wird Musik für „Prolls“ – für Prekarisierte und Entrechtete. Dass diese sich in den einfachen, aber emotional aufgeladenen Texten von *Frei.Wild* wiederfinden, verwundert nicht. Zu sehr regt der frustrierende Besuch beim Arbeitslosenamt zum Zorn an und schmerzt die Aussichtslosigkeit einer Gesellschaft, die auf einen selbst nicht mehr angewiesen ist und auch nicht zögert, das durch sozialpolitische Repressionen zum Ausdruck zu bringen.

Die deutschen *Frei.Wild*-Fans entspringen, so scheint es, zu einem großen Anteil jenen Familien, denen 2003 zum ersten Mal per Hartz IV der Bescheid ihrer gesellschaftlichen Überflüssigkeit schriftlich gegeben wurde und die seitdem in einer Endlosschleife aus Privatfernsehen und elenden

Lebensbedingungen gefangen sind. In diesen Elendsbiotopen vollziehen sich gesellschaftliche Veränderungsprozesse nur noch schleppend und ruckeln, wie die neuesten Ego-Shooter auf den veralteten Konsolen der Plattenbauwohnungen. So kommt es, dass hier der stumpfsinnige Chauvinismus und Rassismus, der in den 90ern in Deutschland und Österreich noch massenfähig war, weiterhin konserviert wird. Die Lockerheit des modernisierten Nationalismus ist in der ostdeutschen Provinz oder der Wiener Trabantenstadt noch nicht angekommen. Hier will man noch nichts von farbigen Nationalmannschaftsspielern oder schwulen Bürgermeister*innen wissen.

Frei.Wild entspricht dem Klammern der „unteren Zehntausend“ an einer Vergangenheit, in der man sich zumindest im rassistischen Schmäh mit der nationalen Gemeinschaft im Einklang wusste. Als Verweis auf diese Zeiten stören *Frei.Wild* den reibungslosen Prozess von hedonistischer Dauerparty und neuer Befindlichkeit, wie er insbesondere in Berlin, zunehmend aber auch in Wien, hochgehalten wird. *Frei.Wild* ecken an, aber die rechtskonservative bis rechtsradikale Einstellung der Band oder ihres Sängers scheint zunehmend nur mehr Ausweichfeld für ganz andere Abwehrkämpfe.

ANTIFASCHISTISCHER FREI-FAHRSCHEIN. Als im März die Nominierung von *Frei.Wild* für den deutschen Medienpreis Echo ins Haus stand, kam es zum Eklat. Nachdem die Bands *Kraftklub* und *Mia.* mit einem Verweis auf die rechten Tendenzen von *Frei.Wild* ihre eigenen Nominierungen ablehnten, schlossen sich auch Die *Ärzte* dem Protest an. Unter dem entstandenen Druck zog die *Deutsche Phono-Akademie*, die den Echo auf Basis der Media-Control-Verkaufscharts vergibt, die Nominierung von *Frei.Wild* zurück.

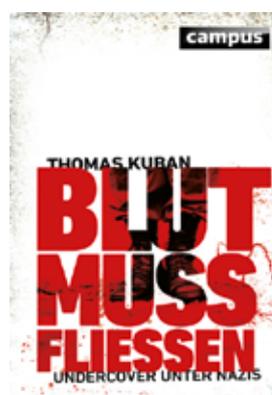
An den Protesten um die Echo-Nominierung lässt sich ein interessantes Phänomen aufzeigen: Die Band *Mia.*, die sich vehement von *Frei.Wild* distanziert, war 2003 selbst scharf in der Kritik. Sie hatten ganz konform mit der Staatsdoktrin der damaligen rot-grünen Regierung in Deutschland einen neuen Patriotismus ausgerufen und mit Zeilen wie „Wohin es geht, das woll'n wir wissen und betreten neues, deutsches Land“ in der tendenziell eher linken Indie-Musikszene einen Aufschrei ausgelöst. *Mia.* hatten damals unter irritiertem Kopfschütteln eingelenkt und hielten sich seitdem politisch eher bedeckt. Im Widerstand gegen *Frei.Wild* scheinen sie nun ihre endgültige Wiederaufnahme in den Kreis der Kulturlinken geschafft zu haben. In der Abgrenzung von *Frei.Wild*

findet der reformierte Nationalismus in Deutschland eine Möglichkeit, sich vom stumpfen Nationalismus der 90er zu distanzieren. Selbst für antinationale Labels wie *Audiolith* oder antifaschistische Bands wie *Jennifer Rostock* scheinen *Frei.Wild* gerade recht zu kommen, um den Teil, den man selbst zu der Aufwertung des Standorts sowie zu der ideologischen Festigung des neuen Deutschlands beiträgt, auszublenken. Wo es schick ist, sich kosmopolitisch und antinational zu inszenieren, muss der eigene positive Bezug zur Nation abgespalten und ausgelagert werden. In *Frei.Wild* gelingt diese Auslagerung, weil sich Nationalismus so auf *Frei.Wilds* platten 90er Nationalismus reduzieren lässt und eine Auseinandersetzung mit dem eigenen, impliziten positiven Bezug auf die Nation nicht mehr notwendig scheint. Inwieweit hinter der Abgrenzung von *Frei.Wild* eine tiefe Angst vor den „Prolls“ steckt, vor der Masse der Überflüssigen, denen man als Berliner Musiker genauso plötzlich angehören kann wie als diplomierte Philosophiestudentin in Wien, sei einmal dahingestellt.

Fridolin Mallmann studiert Psychologie an der Universität Wien.

Buch-Rezension

ERSCHRECKEND UND BIZARR



Thomas Kuban, Blut muss fließen: Undercover unter Nazis, Campus Verlag: 2012, 317 S., EUR 19,99.

Man möchte es so schnell wie möglich weglassen. Der Bann, in den einen Kubans investigative Journale über die deutschsprachige Rechts-Rock-Szene ziehen, entspricht einer dualen Faszination: Einerseits ist da die morbide Schaulust angesichts einer Gesellschaft, die so fremd und zugleich nah erscheint, und andererseits ist da das Erschrecken über die politische und soziale Vernachlässigung des – ohne Zweifel abscheulichen – Themas. Beides

zwingt einen zum Weiterlesen. Ähnliche Diskrepanz muss Thomas Kuban gefühlt haben, als er Jahre seines Privatlebens geopfert und seine finanzielle Existenzgrundlage aufs Spiel gesetzt hat, um die musikalisch motivierte Neonazi-Szene zu unterwandern. Das Bild, das sich dem wagemutigen Journalisten dabei bot, war erschreckend und oft bizarr. Die Organisatoren der Nazi-Konzerte bewegen sich jenseits unserer scheinbar sicheren gesellschaftlichen Normen. Sie wirken über „politisch nicht motivierte“ Veranstaltungen der NDP bis in die Wohnzimmer konservativer Weltanschauungen hinein, stets mit dem Ziel, ihre menschenverachtenden Ideologien gängig zu machen. Die Vorgehensweise ist dabei oft konspirativ: Flugzettel als Wegweiser, Autobahnraststätten als Treffpunkte, geheime Telefonnummern etc. Der Weg des Reporters zu den Hasskonzerten hat dabei den Touch einer Schnitzeljagd, die bis hin zu Organisationen wie der NSU führt. *Blut muss fließen*, ist nicht zuletzt aufgrund der erschreckenden Szenarien während der Konzerte, sondern auch wegen des allgemeinen öffentlichen und medialen Desinteresses, auf das Kuban während seiner Recherche stieß, überaus beklemmend.

Federico Grössing studiert Vergleichende Literaturwissenschaften in Wien.

ÖH -Wahl '13

Von 14.-16. Mai finden ÖH-Wahlen statt. Doch wie funktioniert die Wahl? Informier dich hier und nutze dein Recht auf deine Stimmabgabe.

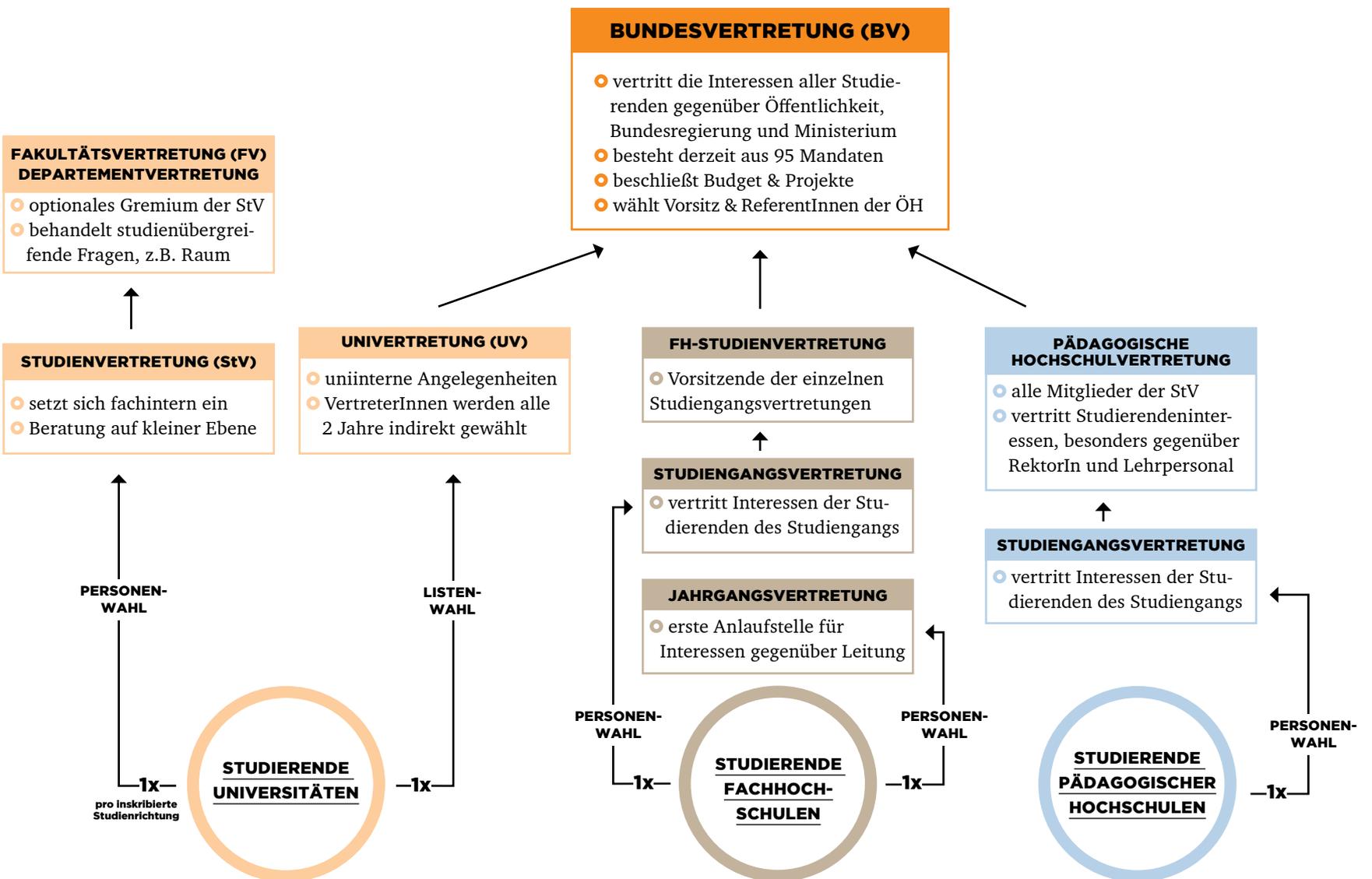
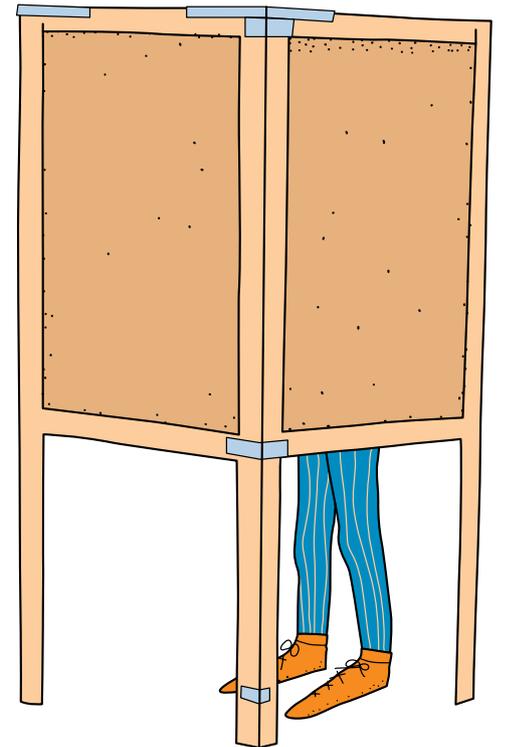
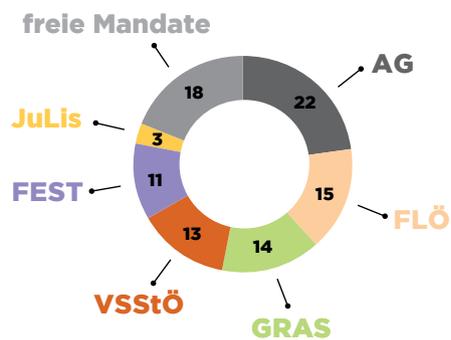
Aufbau der ÖH

Wer wählt was?

DIE ÖH VERTRITT DIE INTERESSEN VON ÜBER 350.000 STUDIERENDEN AN FACHHOCHSCHULEN, PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN UND UNIVERSITÄTEN. INNERHALB DER ÖH GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE STRUKTUREN UND WAHLMODI.

Derzeitige Bundesvertretung

IN MANDATE, 2013



Wann darf wer wählen?

ALLE 2 JAHRE WERDEN ALLE EBENEN DER ÖH NEU GEWÄHLT.

**DIE WAHL FINDET DIESES JAHR STATT VON:
14. - 16. MAI.**

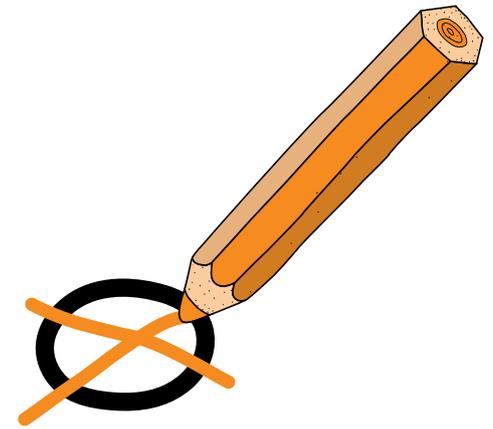
ALLE INSKRIBIERTEN STUDIERENDEN SIND ZUR WAHL IHRER VERTRETUNG BERECHTIGT.

AKTIVE WAHLBERECHTIGUNG:

Wahlberechtigt für die Wahlen der Universitätsvertretungen und der Studienvertretungen sind **alle ordentlichen Studierenden**, unabhängig von der österreichischen Staatsbürgerschaft.

PASSIVE WAHLBERECHTIGUNG:

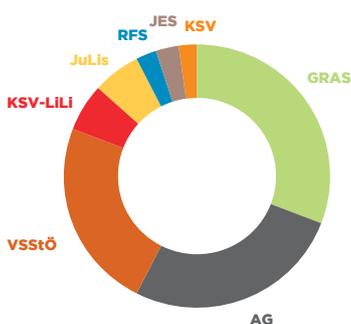
Wählbar sind allerdings **nur Studierende aus dem Europäischen Wirtschaftsraum** (EWR-Staaten), die in Österreich ein ordentliches Studium belegen. Studierende an österreichischen Universitäten, die aus anderen Ländern kommen, können nicht zur ÖH-Wahl kandidieren.



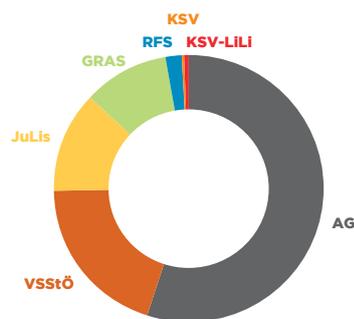
Univertretungen

DER 4 GRÖSSTEN UNIS ÖSTERREICHS, 2011

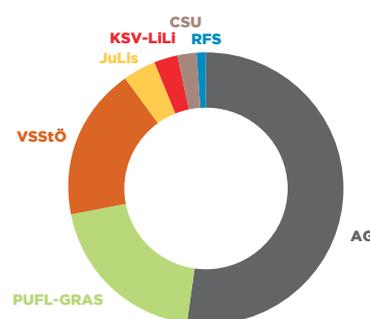
UNI WIEN



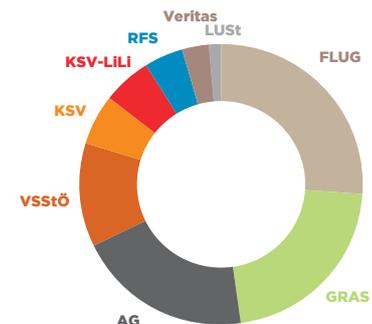
WU WIEN



UNI INNSBRUCK



UNI GRAZ



**INSGESAM WERDEN 21 UNIVERSITÄTS-
VERTRETUNGEN GEWÄHLT, FÜR JEDE
DER 21 STAATLICHEN UNIVERSITÄTEN.**

Per Liste werden Fraktionen gewählt, die teilweise politischen Parteien nahestehen. Diese entsenden dann MandatarInnen in die Bundesvertretung. 2011 kam es zu einer Koalition zwischen GRAS, VSStÖ, FLÖ und FEST.

Wen wählen?

FRAKTIONEN, 2013

AKTIONSGEMEINSCHAFT (AG)

UNABHÄNGIGE FACHSCHAFTSLISTEN ÖSTERREICHS (FLÖ)

FRAKTION ENGAGIERTER STUDIERENDER (FEST) VERBAND SOZIALISTISCHER STUDENTINNEN UND STUDENTEN ÖSTERREICHS (VSStÖ)

GRÜNE & ALTERNATIVE STUDENTINNEN (GRAS)

DIE JUNGEN LIBERALEN (JuLis)

RING FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS)

UNIPIRATEN

DER KOMMUNISTISCHE STUDENTINNEN- VERBAND (KSV)

DER KOMMUNISTISCHE STUDENT_INNEN VERBAND - LINKE LISTE (KSV-LiLi)

Wo wählen?

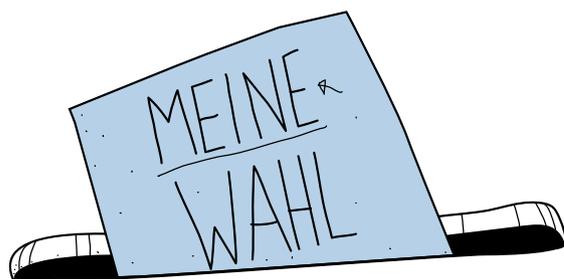
WAHLORTE, 2013

**DIREKT VOR ORT AN
DEINER HOCHSCHULE.**

KEIN E-VOTING UND KEINE BRIEFWAHL!

WAHLLOKALFINDER UNTER:
[HTTP://WAHL.OEH.AC.AT/VO-WAEHLEN/](http://WAHL.OEH.AC.AT/VO-WAEHLEN/)

**WENN DEINE
STIMME GE-
HÖRT WERDEN
SOLL, DANN
SETZ DEIN
ZEICHEN & GEH
WÄHLEN.**



Recherche: Verena Ehrnberger

Umsetzung & Grafik: Christina Uhl,
bloggt unter <http://volitiv.tumblr.com>

Mindgames

Magier, Illusionist, Mentalist, Hypnotiseur – Derren Brown ist der Scharlatan unter den Skeptikern und trifft damit einen Nerv der Gegenwart.

Angefangen hat der mittlerweile zum Star avancierte Brite Derren Brown im Fernsehen. Dort präsentierte er unter dem Titel „Mind Control“ Zaubertricks so, als würden sie auf der erstaunlichen Fähigkeit beruhen, Reaktionen von Menschen vorherzusehen oder aufgrund von Körpersprache und Suggestionen Informationen über sie zu erhalten. Dieses Grundprinzip hat Brown im Laufe seiner Karriere nicht wesentlich verändert. Laut eigener Aussage besteht sein „Entertainment“ aus einer Mischung unterschiedlicher Techniken. Er dementiert allerdings die umstrittene Behauptung, er würde mitunter Schauspielerinnen einsetzen, beziehungsweise die Teilnehmerinnen in seine Tricks einweihen.

POLARISIERUNG. Durch seine Live-Shows und Fernsehsendungen spaltet er sein Publikum in Anhängerinnen und Feindinnen: in jene, die alles, was er macht, mit großer Energie verteidigen, jene, die ihn als Betrüger entlarven wollen und jene, die seine angeblichen Methoden zwar in Zweifel ziehen, ihn aber dennoch als Entertainer bewundern. Jedenfalls führen seine Produktionen zu heftigen Diskussionen, die sich um Fragen der Grenzen von Hypnose und Suggestion drehen. Kurzum: um den Realitätsgehalt der Shows des Tricksters.

Derren Brown selbst sieht sich als eine Art Skeptiker, entlarvt er doch regelmäßig Menschen mit angeblichen übersinnlichen Fähigkeiten, indem er mit seinen Tricks viel erstaunlichere Ergebnisse zustande bringt. Außerdem verkehrt er mit bekannten Skeptikern und Neotheisten wie Richard Dawkins oder dem Schauspieler Stephen Fry. Allerdings unterscheidet ihn von anderen skeptischen Magiern, wie etwa *Penn&Teller*, dass er niemals preisgibt, wie genau er seine Stunts ausführt, sondern nur vage in Richtung Suggestion und Manipulation deutet. Er beschreibt dabei häufig Techniken, die zwar existieren, aber nicht zur Erklärung seiner Performances ausreichen.

Zahlreiche Artikel befassen sich mit Brown und seinen medialen Erzeugnissen. Allerdings wird die Frage kaum berührt, wie eigentlich ein Zauberer in der entzauberten Welt noch so erfolgreich sein kann. Die erstaunliche Vehemenz, mit der sich Menschen mit Browns Behauptungen identifizieren, oder diese ablehnen, ist erklärungsbedürftig. Sie ist umso interessanter, als sie einen zentralen gesellschaftlichen Widerspruch zwischen der Identifikation mit dem Bestehenden und der Sehnsucht nach einer besseren Welt berührt.

ETWAS FEHLT. Die meisten Menschen fühlen, dass mit der Welt ganz grundlegend etwas nicht stimmt. Sie sehen, dass Menschen verhungern,

gefoltert werden und teils unter elendigen Bedingungen leben müssen. Sie bemerken, dass selbst jene, die es noch besser getroffen haben, kühl und gleichgültig oder verzweifelt und depressiv sind. All das nehmen sie wahr und es bildet den Grundwiderspruch des Bestehenden. Wie kann eine gesellschaftliche Ordnung gut und gerecht sein, in der dies alles zugleich möglich ist?

Gleichzeitig fühlen sie sich ohnmächtig und ausgeliefert angesichts der Starrheit der Verhältnisse. Und sie haben damit nicht ganz Unrecht, schließlich scheinen alle Versuche, an den herrschenden Bedingungen etwas zu ändern, hoffnungslos unterlegen und von inneren Widersprüchen geplagt. Anstatt nun dieses Dilemma ganz zu realisieren, wählen viele, zumindest um den Alltag zu ertragen, die Strategie, sich mit der Aggressorin zu identifizieren. Anstatt sich einzugestehen, dass es besser sein könnte und doch furchtbar ist, sagen sie, es müsse so sein, wie es ist und das sei im Grunde sogar gut.

Dieses Dilemma verkörpern die Werke Derren Browns. Könnten sie sprechen, würden sie uns sagen: „Ich bin was ich bin und bin doch mehr als ich bin.“ Sie erlauben es, sich gleichzeitig mit ihrer Realität zu identifizieren, wie auch mit der Möglichkeit von etwas scheinbar Unmöglichem. Wer Browns Shows als „echt“ verteidigt, identifiziert sich mit dem Bestehenden im Namen von etwas Darüberhinausgehenden. Genauso können die Skeptischen den Realitätsgehalt seiner Shows kleinmachen und sich dabei darauf berufen, dass nichts sein kann, was nicht ist. Auch wenn sie dabei Recht haben, sprechen sie im Namen des Bestehenden.

ZOMBIES. In einem Fernsehfilm lässt Derren Brown uns glauben, er würde einem ausgewählten Probanden vorspielen, die Welt werde von Zombies überrannt. Es handelt sich dabei um eine Art Spielfilm, der keiner sein will. Ähnlich dem Reality-TV oder den Filmen, die auf „einer wahren Begebenheit“ beruhen, wollen diese Kunstwerke keine Kunstwerke sein. Es handelt sich um entkunstete Kunst, die sich für Phantasie schämt. Das Künstlerische wird geleugnet, während sich zum Entertainment bekannt wird. Die Realität wird angebetet und die Phantasie, die Möglichkeit des Anderen wird verleugnet, obgleich sie anwesend ist. Sie muss präsent sein, um verleugnet werden zu können.

So ist es auch kein Zufall, dass Skeptikerinnen an Esoterik und Religion nichts sehen können als deren Irrationalität. Sie selbst haben sich zu VerfechterInnen des Prinzips des Bestehenden und der Rationalität erklärt. Sie sind wohl die beispiel-

hafteste Verkörperung der Identifikation mit dem Bestehenden und irgendwie passt Derren Brown zu ihnen und doch nicht. Er passt zu ihnen als Verfechter des Bestehenden, der jemandem die Apokalypse vorspielt, um ihm klarzumachen, dass er glücklich sein soll, mit dem, was er hat. Und er passt nicht zu ihnen als einer, der dazu die Möglichkeit des Untergangs inszeniert – als einer, der keine Gelegenheit auslässt, den Menschen den größten Wahnwitz als Wirklichkeit vorzustellen. Das macht ihn in gewisser Weise zugleich zu einem schlechteren und besseren Skeptiker als seine weniger verspielten Mitstreitenden: Es macht ihn zu einem Scharlatan unter den Skeptikern.

Sein Erfolg und der Siegeszug der Realität in Film und Fernsehen sind Ausdruck der wachsenden gesellschaftlichen Spannung zwischen Möglichem und Wirklichem. Das könnte einen hoffnungsvoll stimmen, würden sich die freigesetzten Energien nicht entweder darauf richten, allorts Lügen zu entlarven, oder sie nur umso heftiger zu verteidigen. Wenig lässt darauf hoffen, dass der zugrundeliegende Widerspruch ins Bewusstsein dringen könnte. Und selbst, wenn er – wie es hin und wieder vorkommt – ganz manifest greifbar und bewusst wird, hebt sich doch nicht wie von selbst die Ohnmacht auf, die objektiv besteht. Denken ist allorts von gesellschaftlichem Einfluss abgeschnitten. Die entzauberte Welt ist ganz und gar verzaubert.

Der Autor Simon Sailer studiert Philosophie in Wien.

Offizielle Website: derrenbrown.co.uk.

Serien:

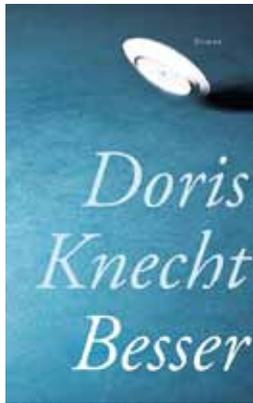
Mind Control (Channel 4, 2000)



Trick or Treat (Channel 4, 2007)



ALLTÄGLICHES AUF LAUTEN SOHLEN



Doris Knecht: Besser. Berlin: Rowohlt 2013, 288 S., EUR 19,95

Nach ihrem Debütroman *Gruber Geht*, hat die *Kurier*- und *Falter*-Kolumnistin Doris Knecht ihren zweiten Roman *Besser* veröffentlicht. Eine Hymne an das leise Alltägliche, das oft sehr schnell laut werden kann.

Das Alltägliche zu beschreiben, ist schwierig, weil es sich nicht in Begrifflichkeiten einsperren lässt. Da

sind menschliche Widersprüchlichkeit, emotionale Distanz und innere Zwiespältigkeit, die das Leben so erratisch machen. Doris Knecht schreckt jedoch nicht davor zurück und widmet sich in *Besser* dem Dazwischen des Handelns und Innenlebens ihrer Protagonistin Antonia Pollak, die nicht auf große Taten aus ist und sich stattdessen unauffälligen und immer wiederkehrenden Grübeleien widmet. Sie schafft es, mit nonchalantem Schreibstil ihre Charaktere – ohne gewaltsame Entreißung ihrer Alltäglichkeit – interessant und zugleich greifbar zu machen. Das erinnert dann stark an das eigene nicht immer lupenreine Handeln, das oft so gar nicht dem idealen, aufgeklärten, intellektuellen Dasein entspricht, sodass man sich stellenweise über Antonia empört. Da ist zum Beispiel Antonias Unwille, die eigenen Kinder einer öffentlichen Schule „auszusetzen“, oder das Bedürfnis, einfach auch mal die *Kronenzeitung* in die Hand zu nehmen.

Das, was man an sich selbst oft nicht mag, liest man auch nicht gerne. Und trotzdem klappt man das Buch nicht zu, sondern liest weiter. Das ist die Kunst der Doris Knecht. Auch wenn sich die tragischen Ereignisse im Leben der Protagonistin vielleicht zu sehr häufen – da ertrinkt fast das eigene Kind im

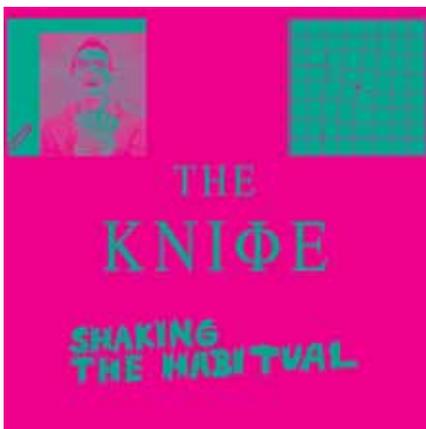
Pool und der Hauswart mit migrantischem Hintergrund schlägt seine Frau, um sie dann zu erstechen und das gemeinsame Kind im Blut der toten Mutter sitzen zu lassen –, streckenweise einfach way too much. Im Zentrum bleibt aber Antonias Umgang mit dem Leben, das überschattet von einer schwierigen Kindheit ist. Wie macht man ein Leben besser, das keinen guten Anfang hatte?

Everything in its right place, moralische Abweichungen mit inbegriffen – das ist das Credo von Antonia Pollak als Ehefrau mit Liebhaber, kiffende Mutter und On-off-Pappmachékünstlerin. *Everything in its right place* von Radiohead war auch bei der *Besser*-Lesung im Rabenhoftheater zu hören. Dialoge wurden eindrucksvoll von der Schauspielerin Ursula Strauss gelesen, Antonias Introspektiven blieben bei Doris Knecht und dazwischen immer wieder reizflutende Bilder aus unzähligen Fernsehern, untermalt von Soap and Skin und Arcade Fire. Nach verlegenem Verbeugen humpelte die beinlädierte Knecht von der Bühne und hinterließ ein zufriedenes Publikum.

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Uni Wien.

Zweimal hingehört

THE KNIFE - SHAKING THE HABITUAL (2013)



Around Me“ finden. Das Gewöhnliche erschüttern, Normen hinterfragen und Irritationen auslösen will das schwedische Duo. In meinen Ohren haben sie das erreicht.

KATI: Wer kennt die Klanginstallation im Wiener Museumsquartier? Die in der kleinen Passage zwischen dem Eingang in der Nähe des Volkstheaters und dem Haupthof? Genau. Und jetzt bitte einmal vorstellen, da nicht nur durchzugehen, sondern eineinhalb Stunden drin stehen zu bleiben. Bei Konzertlautstärke. So.

The Knifes neues Album ist da. Und es ist unbequem. Vorsätzlich. Die zuletzt erschienene Experimentaloper *Tomorrow In a Year* war also kein Ausnahmeprojekt der Geschwister, sondern hat bereits den Weg zu *Shaking the Habitual* gewiesen: Kaum eingängig technoide Nummern, sondern vor allem Geräuschkulissen, Stimmendickicht und Synthesizer-Soli. „A Tooth for an Eye“, „Without You My Life Would Be Boring“, „Raging Lung“ und „Ready to Loose“ sind auch für normalsterbliche Ohren hörbar. Der Rest ist Performance, nicht Tonträger. „Shaking the Habitual“ – aber so richtig.

PHILIPP: „Kurz mal reinhören“ ist da nicht drin. *Shaking the Habitual* braucht Zeit. Fair enough – immerhin ist es bereits sieben Jahre her, dass mit *Silent Shout* eines der besten Alben der Nullerjahre erschienen ist. Es ist ein sehr schwieriges, radikales Album. Der Großteil der 13 Tracks dauert länger als sechs Minuten, beim 19-minütigen Drone-Wahnsinn „Old Dreams To Be Realized“ habe ich vergessen, dass die CD immer noch läuft. *The Knife* haben sich vom tanzflächentauglichen Sound ihrer Vorgänger verabschiedet. Gewöhnliche Songstrukturen lassen sich gerade noch im Opener „A Tooth For An Eye“ (inklusive großartigem Tanzvideo!) oder in „Wrap Your Arms

RIKA - HOW TO DRAW A RIVER, STEP BY STEP (2013)



reifes Album mit wenig Schwächen. Nicht unbedingt die richtige Musik für den Frühlingsbeginn, aber der nächste Herbst kommt bestimmt.

KATI: Die grobe Produktion in einer Lagerhalle ist dem Klang und der niederösterreichische Dialekt den englischen Texten von *Rikas* Debütalbum anzumerken. Einfach gestrickt, aber sehr sympathisch. Hört sich nach Sommernächten am Land an. Rum-sitzen am Dorfplatz und auf den Bus warten, der in die Stadt fährt. „Help, summer’s almost over“, singen sie da auch. Das stimmt nun zum Glück wirklich überhaupt nicht. Trotzdem klappt’s. Selbst beschreiben *Rika* ihre Musik als eine Mischung aus *Bon Iver*, *The National* und *Low*. An Selbstbewusstsein mangelt es den Vieren also nicht, auch wenn ich sie doch eher bei *The Notwist* oder *Francis International Airport* (Christian Hölzel hat beim Produzieren geholfen) angesiedelt hätte. Aber ein schöner Erstling ist es allemal und das mit *Bon Iver* wird schon noch. Einfach ein bisschen mehr Autotune beim nächsten Mal!

PHILIPP: Schön, nach *The Knife* ist das Debütalbum der niederösterreichischen Band *Rika* so etwas wie Balsam für meine popverwöhnten Ohren: melancholische, schwere, unaufdringliche Musik, Gitarrenpop mit viel Piano, ruhigen Vocals und sparsam, aber effektiv eingesetzten Bläser- und Streicharrangements. Spätestens beim dritten Track „Mute“ schießen mir die ersten Assoziationen durch den Kopf: *The Notwist* höre ich ganz deutlich raus, der Einfluss von Produzent Christian Hölzel (*Francis International Airport*) ist nicht zu überhören, auch *Death Cab for Cutie* kommt mir in den Sinn. Für ein Debüt ist *How to draw a river, step by step* ein sehr dichtes und

Philipp Lindner und Kati Hellwagner studieren Soziologie und Politikwissenschaft an der Uni Wien.

We are helpless but not hopeless

The Refugee Act of 1980 takes its definition of refugee from the 1951 United Nations Convention relating to the Status of Refugees and its 1967 Protocol. Until the late 19th century and the emergence of fixed and closed national boundaries, refugees were always absorbed by neighbouring countries. Later, immigration restrictions and increasing numbers of refugees necessitated special action to aid them. In 1921 Fridtjof Nansen created a League of Nations Passport to allow refugees to move freely across national boundaries. Refugee status at that time was accorded only if the migrant's departure was involuntary and asylum was sought in another country. In 1938 the definition of a refugee was expanded to include persons with a well-founded fear of persecution because of ethnicity, religion, nationality, group membership, or political opinion.

Later the definition was expanded again to include persons who have fled from their homes to other places in their own countries. Refugee status ceases to apply when the migrant either is resettled or returns home.

WHY WE STARTED THIS PROTEST.

*Say this city has eight million souls,
Some are living in mansions, some are living in holes
Yet there's no place for us, my dear, yet there's no place
for us.*

We are refugees who have arrived in Austria to seek asylum to build a new life here. Our countries are devastated with war, military aggression, social backwardness and poverty because of colonialist politics. We have come from Pakistan, Afghanistan, Somalia, Nigeria, Gambia, Syria, Kurdistan, Iran, Chechnya etc. and now we are stuck here in the refugee camp Traiskirchen. In this camp, we expected to get help and support from Austria. But the Austrian state showed us that we are not welcome here. We are staying in refugee camps and facing bad conditions.

BASIC RIGHTS. We demand basic rights from the Austrian government, the European Union and for all refugees worldwide. We call on the Austrian government to fulfill its responsibilities towards the refugees. We will continue our actions until our voices are being heard and our demands met.

*Once we had a country and we thought it fair,
Look in the atlas and you'll find it there:
We cannot go there now, my dear, we cannot go there
now.*

On the 24th of November 700 persons including 400 persons from civil society demonstrated against the bad conditions of the refugees – not only in Traiskirchen but also in other camps and accommodations in Austria.

„What we need? Our rights.
What we demand? Our rights“ was the slogan of this

A refugee is defined as “a person outside of his or her country of nationality who is unable or unwilling to return because of persecution or a well-founded fear of persecution on account of race, religion, nationality, membership in a particular social group, or political opinion. A person involuntarily displaced from his or her homeland.”

protest and until now it's our guideline for the protest. It was a cold season and refugees preferred to live in the open air in Votivpark instead of the camps from the government. Sometimes it was raining, sometimes snowing but these things never crushed the hopes of the refugees. When we got up in the morning our tents and our beds were shuttered with water. Civil society of Austria brought warm clothes and warm blankets for us and also we were getting free vegetables and other eatable things. The media made it their business to cover the protests for a little while but could not do any helpful work for us.

In December the temperature dropped to minus zero and for the first time we were worried about the health conditions of these refugees. So somehow on 18th December we managed to take shelter in the Votivkirche. Before the refugees some homeless people had already done the same thing. But when we entered the church, politicians – especially the right wing and racist people – spoke of an OCCUPATION: „Refugees occupy the Votivkirche“. The priest of this church was never friendly with us. He kicked our beds in the morning with his feet but we could not say anything because after all we were refugees. On the 22nd of December, when we were fed up and we had no other option, we started a hunger strike that lasted for 30 days. At this time we had only two demands:

1. Legal Status in Austria.
2. Access to the Labour Market.

It was a new experience for us. For these refugees it was the first time in their life that they were doing a hunger strike. On the one hand they were fighting with hunger and on the other hand they had the cold temperature inside the church. After ten days the refugees' condition was miserable and some of them had to be admitted to hospitals. Each person had lost five to ten kilos. Their faces became pale, they were not able to walk and spent all the time inside their beds because they had no power left in their bodies. Some people got mental problems, some with their

kidneys and some were suffering from the flu or had a cold. No one took pity on these refugees. Even the UNHCR refused to meet us, although they say that they are responsible for all the refugees in Europe. A delegation of four persons made an appointment with them but when we were on the way to UNHCR, they canceled this meeting, saying that they didn't have any meeting room for us and that we could meet outside in a coffee shop or in some park. Alas UNHCR has a big building in the center of Vienna but they don't have any room to meet for refugees. Because they don't want to involve themselves in this protest and refuse to help these refugees because these refugees are not seen as human beings.

*Dreamed I saw a building with a thousand floors,
A thousand windows and a thousand doors;
Not one of them was ours, my dear, not one of them
was ours.*

DISAPPOINTMENTS. Then Mr. Schönborn came to visit the refugees and did bring an offer to us, to give up the hunger strike: TAKE ONE STEP and I will try to make negotiations with the government and evacuate this church and I will take you to my private property 'Servitenkloster'. There you can start your protest and I will politically support you, but first you have to give up the hunger strike. At that time we gave up the hunger strike and gave the authorities ten days. But nothing happened and we had to start a new hunger strike because the government was not serious in the matter of refugees. During this pause of the hunger strike we only received one offer: That they would reopen our cases and provide us with the best lawyers of Austria, who will fight for our cases. Was that the price of our 30 days hunger strike? Only to reopen the cases? Besides, we knew that reopening the cases will not help us. It's just a drama enacted by Innenministerium.

So we resumed the hunger strike. I wrote a letter to Mr. President Dr. Heinz Fischer and told him about the whole situation and the miserable conditions of the hunger strikers. Unexpectedly he replied to that letter and published it in the newspaper showing sympathy with the refugees. However there was no hopeful thing in that letter and he emphasized that we should leave the church and give up the hunger strike. Again, we gave up the hunger strike and tried to make negotiations with the government, but had to face arrests of the refugees, who were in the church.

*Stood on a great plain in the falling snow;
Ten thousand soldiers marched to and fro:
Looking for you and me, my dear, looking for you and
me.*

The police could not enter the church, but they constantly came inside in civil clothes and then arrested the refugees outside the church. They took them to deportation centers. We refugees had to start a

hunger and thirst strike in Schubhaft. So they had to release us, because if anyone would die in the jail, that would be a problem for them.

At the same time some right-winged, racist persons came inside the church and demanded to kick the refugees out of the church. Otherwise they would also do a hunger strike. We gave too much respect to these peoples, offered them tea and coffee and tried to talk with them. However, they didn't want to talk with us and in the evening they had to leave the church, because it was too cold for them and they were not brave like the refugees inside.

Then again we received a letter from Mr. Schönborn, saying we should change the place and start our new political struggle in Servitenkloster. We started making negotiations with them. On the 2nd of March we shifted to Servitenkloster and when we saw the conditions in which we were going to live, we were shocked. It was a basement and looks like a stable for animals. There were no windows or ventilations. When we refused to live there, they opened some rooms on the 2nd floor, where there were still no bathrooms and kitchens. For the first 18 days nobody took care of us. No food was provided by Caritas or the representatives of the church. The refugees had to buy food with money from their own pockets. Before leaving the Votivkirche, we had had a meeting with the representatives of the church and they had told us that we would be their guests in the Kloster.

In this meeting we had agreed on the following points:

1. Refugees will be provided with legal assistance by the church.
2. Police will not enter inside the church and they will not arrest any refugee who is registered at Servitenkloster
3. The Monestary will be a place, where we can re-start our protest again
4. This place will not be treated like camps.

But these were only broken promises. Eight days before getting any legal assistance 29 refugees started getting LOVE LETTERS from Fremdenpolizei. Refugees who went there for an interview had to sign some kind of Deportation letters.

REALITY CHECK. Once there was a delegate from Inner Ministry and they brought forward a Mega-project for the refugees: If you return voluntarily to your country we will pay you 7000 Euros. Although the news reported that all governments warned their residents not to travel to Pakistan because it is not safe for them, is it safe for the Pakistani refugees? The refugees only replied with a simple answer: We will pay for a journey to Pakistan for your Interior minister and she goes there without security. If she comes back, we will voluntarily return to our country.

*Went to a committee; they offered me a chair;
Asked me politely to return next year:*

But where shall we go today, my dear, but where shall we go today?

Now, we are still struggling and fighting for our rights and we are in negotiations with the authorities. But the people who brought us to the Servitenkloster and who are responsible for our future have currently disappeared or don't want to confront us. Two weeks ago one refugee got some mental problem, that was so serious that he became aggressive and doctors sent him to Otto Wagner hospital. He is still admitted there. Yesterday a refugee from our protest was attacked by some unknown persons. They hit him with knives and he is still in the hospital. I hope that days will come, when we get something from our struggle and that those days are not far. We are helpless but not hopeless.

*Went down the harbour and stood upon the quay,
Saw the fish swimming as if they were free:
Only ten feet away, my dear, only ten feet away.*

*Walked through a wood, saw the birds in the trees;
They had no politicians and sang at their ease:
They weren't the human race, my dear, they weren't the human race.*

Shahjahan Khan is a refugee from Pakistan and is taking part in the refugee protest for months. He is currently living in the Servitenkloster in Vienna and fighting for his rights day by day.

• KRITIK IM ABO •



Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Themen 2013

- *Aktivismus und Wissenschaft*
- *Social Entrepreneurship als Ausweg?*
- *Am Rande Europas. Alternative Entwicklungspfade*
- *Feministische Beiträge zur Krisenanalyse und -bewältigung*

Einzelheft: € 10,50
Normalabonnement: € 29,—
StudentInnenabonnement: € 18,—
Auslandsabonnement : € 36,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag
Fax: (0043 -1) 586 80 70
E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at
www.sonderzahl.at



Wirkt schwer. Ist leicht.

Wählen wirkt. Eine hohe Beteiligung an der ÖH-Wahl sorgt dafür, dass die Interessen und Meinungen von uns Studierenden das notwendige Gewicht bekommen.

Es gibt keine Ausrede. Du kannst dort wählen, wo du studierst. An drei verschiedenen Tagen. Und es gibt mehr Angebot als bei den meisten anderen Wahlen.



ÖH-Wahl
14.-16. Mai



wahl.oeh.ac.at